

Brasilia-Gipfel zu Cardosos Wiederwahl

Scharfe Kritik am „asymmetrischen“ Prozess der Globalisierung

Vier beeindruckte lateinamerikanische Staatschefs vernahmen am Montag aus dem Mund ihres brasilianischen Kollegen Fernando Henrique Cardoso eine mehr als geharnischte Rede gegen den „asymmetrischen“ Prozess der Globalisierung, der den Weltmarkt in ein „Spielkasino“ verwandle. Urheber seien die internationalen Finanzkapitale, die völlig unsinnige spekulative Wetten eingingen.

Cardoso versandte diese Botschaft sozusagen als Nachschicht eines Diners, das er im Itamaraty-Palast mit den Präsidenten von Argentinien, Carlos Menem, von Peru, Alberto Fujimori, Ecuador, Jamil Mahuad, und Paraguay, Raúl Cubas, zur Feier seiner zweiten Amtsübernahme einnahm.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte nur ein amerikanischer Präsident gewagt, den Weltmarkt als „Kasino“ zu bezeichnen, nämlich Fidel Castro. Der Kubaner hatte am Freitag der vergangenen Woche anlässlich des 40. Jahrestags des Sieges der Revolution erklärt, „die Spekulanten verwandelten den Planeten in ein gigantisches Spielkasino“. Am Montag nahm Cardoso diese Idee auf und dekorierte sie mit dem Hinweis auf die Ungleichheiten einer Welt, in der die Entwicklungsländer ihre Wirtschaften öffneten und die Industrienationen sich verteidigten. „Die Vernunft hat keinen festen und alleinigen Wohnsitz im Markt. Ebenso wenig findet sie ihre Realisierung in halbverrückten Regelungen, in denen sich die schwächsten Märkte den stärksten öffnen und sich die ihrerseits schützen. Das können wir nicht akzeptieren“, sagte Cardoso. In diesem Zusammenhang stellte er die „asymmetrische Globalisierung“ in Frage, „in der jene, die mit kurzfristigen Perspektiven und unmittelbaren Gewinnen operieren, fähig sind, den anderen, die auf lange Sicht arbeiten, alle Anstrengungen zunichte zu machen“, versicher-



Der brasilianische Präsident Fernando Henrique Cardoso begrüßt Carlos Menem.

(AP-Funkbild)

te der brasilianische Präsident.

Präsident Carlos Menem wurde von Cardoso besonders geehrt, der keinen Hehl aus seiner Dankbarkeit machte, weil Menem trotz des Wirbels um die

argentinischen Waffengeschäfte nach Brasilia gekommen war. Menem beantwortete danach die Frage eines Journalisten hinsichtlich der Wirtschaftssituation Brasiliens:

„Ich bin da nicht besorgt, weil es in Brasilien einen fähigen, talentierten und mutigen Mann gibt, der die Situation schnell bereinigen wird.“

(Weitere Informationen Seite 2)

Allianz bringt Wiederwahl aufs Tapet

Furcht vor dem Kandidaten Menem

Nach einem Jahr, in dem Fernando de la Rúa genau das Gegenteil dachte und vertrat, fuhr er am Mittwoch mit der sicheren Überzeugung in die Ferien, dass sein Gegenkandidat nicht Eduardo Duhalde und ebensowenig Ramón Ortega heißen wird, sondern Carlos Menem. In der Allianz glaubt man heute, dass die neuerliche Wiederwahl die wahrscheinlichste Lösung der Internwahlen des Justizialismus, und dass bereits begonnen wurde, Menem als Mittelpunkt der Wahlkampagne zu profilieren. Die nationalen Manager der Allianz bemühen sich, nicht neuerlich mit einem Thema an

die Öffentlichkeit zu gehen, das einen gehörigen Teil der Tagesordnung des Allianzgipfels am 30. Dezember ausmachte. Wenn sie einerseits dem PJ nicht helfen wollen, die Debatte über ein drittes Mandat von Menem neu zu starten, so wissen sie andererseits auch nicht sicher, wie sich denn nun in dieser Situation die Opposition verhalten müsste. Dessenungeachtet versicherte Jesús Rodríguez, einer der engsten Mitarbeiter Fernando de la Rúas, gegenüber der Presse: „Auch wenn niemand sicher ist, ob die Wiederwahl Tatsache wird, so sind doch die Unfähigkeit des Peronismus,

seinen Rückzug aus der Macht zu organisieren, das Sendungsbewusstsein Menems und die üblichen am Gesetz vorbeigehenden Praktiken dieser Regierung deutliche Anzeichen in dieser Richtung.“ Viele denken so wie Rodríguez. Im Frepaso beispielsweise Alberto Flamarique, der immer davon überzeugt war, dass Menem nicht bereit ist, die Macht aufzugeben. Mitte des vergangenen Jahres, als der „Kreuzzug“ gegen die Wiederwahl im vollen Gange war, war es Flamarique, der den Spitzen des Frepaso vorschlug, Menem ein Plebiszit zu gewähren, um die Frage vom Tisch zu bekommen.

Vier PJ-Anwärter

Die oppositionelle Allianz hat ihre Präsidentschaftsformel mit Fernando de la Rúa und Carlos „Chacho“ Alvarez längst gekürt und übt sich im Wahlfeldzug für die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 1999. Unterdessen nehmen die Führer der Regierungspartei PJ („Partido Justicialista“) ihre Vorbereitungen auf die leichte Schulter, ebenfalls eine Formel für die Präsidentschaftskandidaten auf die Beine zu stellen. Sie kümmern sich offensichtlich nicht darum, dass sie dadurch der Opposition einen Vorsprung einräumen, den sie später wettmachen müssen, sofern ihnen das gelingt.

Vier Anwärter stehen gegenwärtig im Rennen um die Präsidentschaftskandidatur der Regierungspartei. Sie heissen Eduardo Luis Duhalde, Carlos Saul Menem, Ramón „Palito“ Ortega und Carlos Alberto „Lole“ Reutemann. Duhalde und Ortega haben sich bereits formell angemeldet, letzterer freilich unter der Voraussetzung, dass Menem seinem Wort treu bleibt, nicht abermals zu kandidieren. Gleiches behauptet Reutemann, der nicht gegen Menem in der Internwahl antreten will. Menem und seine massgebenden Sprecher wie Innenminister Corach, Präsidialsekretär Kohan und sein Bruder, Senator Eduardo Menem, bestehen darauf, dass die Verfassung dem Präsidenten die Kandidatur verbietet, obwohl sie ihn als den besten PJ-Kandidaten einstufen, den die Partei ins Rennen schicken könnte. Andere, ungenannte Menem-Anhänger verbreiten dagegen Plakate und Inschriften mit dem Slogan „Menem 99“. Bruder Eduardo legt das als die Präsidentschaft der Partei aus, was ihm niemand glaubt.

Die erneute Wiederwahl kann nur durch einen Rechtsbruch des Obersten Gerichtshofes bewerkstelligt werden, für den offenbar keine fünf Stimmen bereit stehen, damit eine Mehrheit zustande kommt. Im Kongress ist es so gut wie ausgeschlossen, dass mit zwei Dritteln der Mitglieder beider Kammern eine Konstituante einberufen werden kann, die die Wiederwahl zuliesse. Bisher hat der Oberste Gerichtshof sich weder dafür noch dagegen geäussert. Mehrere Anträge für die Wiederwahl liegen ihm zur Behandlung vor. Solange der Gerichtshof die Anträge nicht klipp und klar ablehnt, bleibt das Thema offen, auch wenn Menem und seine Sprecher die Wiederwahl als verfassungswidrig ablehnen. Schliesslich ist eine Verfassung das, was der Oberste Gerichtshof auslegt. Verfassungsfragen sind zudem meistens Machtfragen, wie in diesem Fall.

Anders als Menem steht Gouverneur Duhalde deutlich im Rennen, seit er seine Kandidatur formell angemeldet hat. Duhalde hatte Menem praktisch zur Entsagung gezwungen, als er vor einem halben Jahr mit einer Volksbefragung über die Kandidatur des Präsidenten gedroht hat, die möglicherweise in der Provinz Buenos Aires günstig für ihn ausgefallen wäre, also negativ für Menem.

Duhalde und Menem streiten sich unterdessen über den Vorsitz der Partei. Menem ist Präsident des Parteivorstands („consejo“) und Duhalde des Parteitages („congreso“). Das Mandat Menems läuft im Jahr 2000 ab; aber durch einen Sonderparteitag hat er das Mandat bis 2003 verlängern lassen, womit er im Rennen bleibt, wenn die Kandidaturen in diesem Jahr in Frage kommen. Vier Jahre muss Menem warten, ehe er

sich wieder stellen darf. Der Streit wird gegenwärtig vor Gericht ausgefochten.

Menem betrachtet Duhalde als einen Kandidaten der Partei für die Internwahlen, aber keinesfalls als den „natürlichen“ Kandidaten, wie sich Duhalde selber einstuft. Die Internwahlen sollen am 11. April ausgefochten werden, können aber bis Juni oder Juli verschoben werden, wie es der Parteiklatsch spätestens seit dem überraschenden Wahlsieg des PJ-Kandidaten De la Sota in Córdoba, der traditionellen Hochburg der Radikalen, wissen will. Der gleiche Parteiklatsch behauptet auch, dass Menem und die meisten PJ-Gouverneure Duhalde als einen Verlierer gegen De la Rúa ansehen, weshalb sie ihn angeblich dazu bewegen wollen, auf die Kandidatur zu verzichten. Dieses Tauziehen ist im Gange. Ausgang unbestimmt.

Ortega hat zwar seine Kandidatur angemeldet, aber keine landesweiten Anstrengungen unternommen, um Stimmen zu werben. Menem soll enttäuscht sein, weil Ortega sich nicht bemüht, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf zu reisen und persönlich um Stimmen zu werben, wie es Menem selber vor zehn Jahren getan hat. Ortega geniesst auch keine Unterstützung der mächtigen PJ-Gouverneure, mit De la Sota immerhin fünfzehn.

Ausser Gouverneur Kirchner von Santa Cruz, der zu Duhalde steht, haben sich nach dem Wahlsieg in Córdoba alle anderen PJ-Gouverneure für Reutemann ausgesprochen, wobei bisher nur der Gouverneur von Entre Ríos, Jorge Busti, das öffentlich erklärt hat. Die anderen lassen es beim Parteiklatsch bewenden und harren der Dinge, die da kommen werden.

Mit dieser Parteiunterstützung versehen, die ihm vorher versagt war, hat sich Reutemann noch nicht entschieden, ob er die Kandidatur anmeldet. Die Umfragen gönnen ihm bisher geringe Unterstützung, die jedoch solange nichts aussagen, wie er seine Kandidatur nicht offiziell anmeldet. Einige Umfragen geben Reutemann bei parteiungebundenen Wählern höhere Zustimmung als Duhalde und Ortega. Das ist denn auch die Karte, die der jetzige Senator und frühere Gouverneur von Santa Fe ausspielt. Für die traditionellen Parteikader ist der volkstümliche Rennfahrer der Formel 1, der Vizeweltmeister war, immer noch ein Aussenseiter, den Präsident Menem in die Politik gelockt hat, als er ihn überzeugte, 1991 als Gouverneurskandidat in seiner Heimatprovinz anzutreten.

Er gewann die Wahlen knapp in zweiter Runde, sanierte die maroden Provinzfinanzen, die er nach vier Jahren mit einem Budget-überschuss von 200 Millionen Pesos abschloss, und machte sich einen Namen als anständiger Staatsverwalter, immerhin eine Leistung in einer korrupten Provinzverwaltung. Seine Partei verweigerte ihm die Stimmen für die Wiederwahl. Reutemann kann sich dieses Jahr nochmals für das Gouverneursamt stellen, wenn er auf die Kandidatur für die Präsidentschaft verzichtet. Die Würfel für die Auslese der PJ-Präsidentschaftsformel werden sicherlich langsam und einzeln fallen, ehe es soweit ist, vielleicht am 11. April oder schon wenige Monate später. Erst nachher beginnt der eigentliche Wahlkampf. In USA währt der Wahlkampf nur zwei Monate. Weshalb muss er in Argentinien jahrelang ausgefochten werden?

Übereinkunft Duhalde - Ortega

Bereitschaft für Internwahlen am 11. April

Die Vertreter Eduardo Duhaldes und Ramón „Palito“ Ortegas, den Rivalen für die PJ-Präsidentschaftskandidatur zur Ablösung Carlos Menems, verabschiedeten am Mittwoch eine gemeinsame Erklärung. In dem Papier bestätigen beide Lager ihre Bereitschaft zur Durchführung der Internwahlen am 11. April. Die Wahlteams, geführt von Pablo Fontdevila und Juan Carlos Ramírez auf Seiten von Ortega und Julio Bárbaro und Jorge Telerman für Duhalde, trafen sich zur Abstimmung der Vereinbarung in der Kampagnenzentrale des Ex-Gouverneurs von Tucumán im Stadtteil Congreso. In dem Text heisst es: „Wir bestätigen unsere Bereitschaft zur Durchführung der Internwahlen am 11. April und der Ergreifung aller dafür erforderlichen Massnahmen.“ Daneben wurde unterstrichen, dass „der Peronismus unmittelbar in Richtung der Nominierung seines Kandidaten für die kommenden Wahlen marschieren muss“.

Die Zusammenkunft wurde von Sprechern beider Seiten als eine Annäherung in der Vorbereitung der Internwahlen und der unmittelbaren Kür des PJ-Kandidaten eingestuft. „Wir müssen den Kandidaten so schnell als möglich in der Öffentlichkeit haben“, unterstrichen die Sprecher, die gleichwohl in der Vereinbarung eine gute Gelegenheit sahen, den Wiederwahlmanövern Menems einen Riegel vorzuschieben. Die anfängliche Beförderung von Carlos Reutemann in Richtung einer Präsidentschaftskandidatur, hinter der der Menemismus stand, und ihre Aufgabe danach, schufen ein günstiges Ambiente für die dringliche Forderung Duhaldes und Ortegas, sich auf den 11. April festzulegen. Ziel der Vereinbarung ist, so heisst es, unter anderem die Erstellung einer landesweiten und geübten Wahlliste, die sowohl den PJ-Mitgliedern als auch den Unabhängigen erlaubt zu wählen.

Malwinen sollten 1968 argentinisch werden

Sensationelle Enthüllung nach Freigabe von Geheimdokumenten

„Die Regierung des Vereinigten Königreiches wird, als Teil eines endgültigen Abkommens die argentinische Souveränität über die Inseln (Malwinen), ab eines zu vereinbarenden Datums, anerkennen.“ Dieser Satz steht in einem geheimen Dokument der britischen Regierung vom 5. Juli 1968, das jetzt freigegeben wurde. Dieses „Verständnis-Memorandum“ wurde nie veröffentlicht, weil die Kelpers früher als erwartet Kenntnis von dem Projekt bekamen und mit stählerner Opposition die seinerzeitige Labour-Regierung von Harold Wilson zwingen, ihre Absichten aufzugeben.

Eine lange Liste derartiger offizieller Dokumente über das Thema wurden sozusagen zum Jahresende von der BBC in einer Sonderausstrahlung mit dem Titel „U. K. Confidential“ (Vereinigtes Königreich - Vertraulich) des „Leviathan“-Programms ausgestrahlt. Die Journalisten machten sich die Norm zu nutze, dass jedes als geheim eingestufte Dokument nach 30 Jahren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann und enthüllten die Facetten der Politik der seinerzeitigen britischen Regierung.

Tatsächlich war die Bereitschaft Londons in den 60er Jahren, Argentinien die Souveränität über die

Malwinen zurückzugeben, bekannt, doch waren die Texte dieser Dokumente, Frucht von drei Jahre dauernden Verhandlungen zwischen beiden Ländern, nie veröffentlicht worden. In deren Rahmen war begonnen worden, ein Abkommen zu entwerfen, das eine Übergabe der Souveränität nach einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren und die Möglichkeit eines Plebiszips auf den Inseln vorsah. Ein Modell, das dem von Regierung und Opposition sehr ähnlich ist, wie verlautet.

Die Gespräche hatten damals im Januar 1966, als Arturo Illia Präsident war, begonnen und wurden während der Militärregierung von General Juan Carlos Onganía weitergeführt. Aber alles scheiterte, als der seinerzeitige Malwinen-Gouverneur Cosmo Haskard die Anweisungen der Labour-Regierung missachtete und die Kelpers über die Verhandlungen informierte. Angesichts der Erbostheit der Inselbewohner organisierte sich in London die konservative Opposition, worauf die Regierung Wilsons zurückwich. „Ich spürte, dass es nicht zu meiner Arbeit gehörte, die Bewohner der Inseln zu verkaufen“, rechtfertigte sich Haskard in einem Interview mit der BBC.

Auf Grund der Indiskretion Haskards wurde Londons Vizeausserminister Lord Chelfont brüs-

kiert, als er auf die Malwinen flog, um mit den Inselbehörden über das Projekt zu sprechen. Der Ex-Beamte des Foreign Office erzählt heute, er sei in Puerto Argentino mit Plakaten empfangen worden, auf denen gestanden habe, „Chelfont, go home“. Er ist überzeugt davon, dass die britische Regierung hätte weiterverhandeln müssen. „Aus heutiger Sicht und 30 Jahre danach war die Entscheidung, zu bremsen, einer unserer grossen politischen Fehler, vor allem im internationalen Bereich“, versichert Chelfont, fügt aber hinzu: „Wenn wir versucht hätten, zu einer den Wünschen und Interessen der Bewohner der Inseln entgegengesetzten Lösung zu gelangen, hätte uns die Opposition massakriert.“ Dieses Kriterium war damals in der Regierung am Ende ausschlaggebend. Haskard flog im Februar 1968 nach London und informierte den damaligen Aussenminister George Brown über die Ablehnung des Projekts durch die Kelpers. Brown, so Haskard heute, zeigte sich „masslos verärgert“, versicherte Haskard aber, dass die Verhandlungen ohne das Einverständnis der Kelpers nicht weitergeführt würden.

In den Dokumenten ist vermerkt, dass ein Beamter des Foreign Office, John Beith, darauf hinwies, dass man im Begriff sei, einen Fehler zu

begehen. „Es ist schwerlich mit unserer Politik zu vereinbaren, nämlich der, alles zu versuchen, die Inselbewohner von den Vorteilen einer umgehenden Übertragung zu überzeugen, und dass wir uns nicht bewegen und ohne sie uns auch nicht bewegen können“, versicherte Beith.

Die Enthüllung der Enthüllung kommt wenige Tage nachdem Aussenminister Guido Di Tella in Montevideo mit Inselrat Mike Summers über eine eventuelle Formel zur Lösung des argentinisch-britischen Disputs sprach. Teil dieser Initiative ist der Einschluss der Souveränität im „Tiefkühlfach“ und dies für wenigstens 15 Jahre.

Klar ist bisher nicht, wer das Thema auf den Tisch brachte. Di Tella versichert, es sei Summers gewesen und der Inselrat sagt, es war der Aussenminister.

Sicher ist eines, wenn die Dokumente jetzt veröffentlicht wurden, so weil es britische sind. In Argentinien gibt es kein Gesetz, das zwingt, derartige Papiere der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Aus dem Ministerium Di Tellas verlautet dazu, „es ist nicht üblich, dass das Aussenministerium vertrauliche Papiere veröffentlicht und viel weniger noch über gescheiterte Verhandlungen“.

Blairs Botschaft

Der britische Premierminister Tony Blair hat die Kelpers „durch die Blume“ eingeladen, die Kommunikation mit Argentinien wieder aufzunehmen. Sie erhielten in dieser Woche einen Brief Blairs, in dem er ohne Umschweife feststellte, „an der Schwelle des neuen Jahrtausends können wir alle mit einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Grossbritannien, den Falklandinseln und Argentinien nur gewinnen“. Die Botschaft des Labour-Premierministers ist grosszügig mit Hinweisen auf den Geist der „Wiederversöhnung“ gespickt, der die argentinisch-britischen Beziehungen prägt, seit Präsident Carlos Menem im Oktober Grossbritannien besuchte.

Es sei notwendig, so Blair, dass die Kelpers an Bord des Schiffes dieser neuen Freundschaft zwischen London und Buenos Aires gingen.

Pressekonferenz von Menem in Olivos

„Meine ganze Solidarität gilt Bill Clinton“

Präsident Carlos Menem bestätigte am Mittwoch den Besuch von Prinz Charles in Buenos Aires Anfang März, der die Möglichkeit der Einleitung eines Dialogs über den Souveränitätskonflikt um die Malwinen bedeute. Der Besuch sei dazu ein Beweis dafür, dass die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Argentinien sich weiter vertieften.

Die Ankündigung erfolgte im Rahmen einer Pressekonferenz in der Residenz in Olivos mit ausländischen Journalisten. Danach aber nahm Menem die Gelegenheit wahr, um von seiner bevorstehenden Reise nach Washington zu sprechen und Freundschaftsbotschaften an die Adresse von US-Präsident Bill Clinton zu senden. Gleich-

zeitig übte Menem scharfe Kritik an den Kongressisten, die den politischen Prozess gegen Clinton betrieben.

Menem versicherte, er wolle bei dem Treffen mit Clinton diesem die argentinische Souveränitätsforderung über die Malwinen unterbreiten.

Das Thema ist unterdessen zu einem der hauptsächlichen Anliegen des Aussenministeriums für den kommenden Besuch im Weissen Haus geworden. Menem will dort über seine Politik der Wiederversöhnung mit den Briten sprechen, mit dem Besuch des Prinzen brillieren und hofft, mit einem Kommentar des Lobes von Seiten Clintons zurückzukehren. Das Lob für Washington war Mittelpunkt der Pressekonferenz für ausländi-

sche Journalisten. „Wir haben für das Gespräch mit Clinton eine offene Agenda. Weil ich weiss, dass er einen besorgniserregenden Moment durchmacht, werde ich ihm meine Solidarität versichern“, versicherte Menem im Zusammenhang mit dem politischen Prozess, der gegen den US-Präsidenten vorbereitet wird. Dabei erlaubte sich Menem eine scharfe Kritik an den US-Kongressisten.

Er glaube, dass sie genau gegen die öffentliche Meinung in den USA vorgehen, und das sei sehr schwerwiegend. Menem wies auf Umfrageergebnisse in den USA hin, aus denen ein ungewöhnlich hohes Popularitätsniveau Clintons hervorgehe, nämlich rund 70 Prozent Zustimmung für dessen Amtsführung.

Reutemann lehnt Kandidatur für PJ ab

„Lole“ zieht gegen Wiederwahlgelüste Menems vom Leder

Carlos Reutemann hatte versprochen, bis Ende der Woche mit der Entscheidung zu warten, ob er eine Präsidentschaftsvorkandidatur für den PJ annehmen werde. Am Dienstag jedoch trat er die Flucht nach vorn an und erklärte in einem Pressegespräch: „Es ist völlig ausgeschlossen, dass ich Präsidentschaftskandidat sein werde; ich beabsichtige vielmehr, zu arbeiten, um zu sehen, ob ich für das Gouverneursamt in Santa Fe kandidiere.“ Der Nationalsenator für Santa Fe hielt mit seinen Motiven für diesen Entschluss nicht hinter dem Berg. „Es ist richtig“, so Reutemann, „dass die Mitglieder des menemistischen Staffs nicht an die Möglichkeit einer Wiederwahl Menems glauben, doch der Präsident ist sehr wohl davon überzeugt. Er meint, er sei der

beste Kandidat und ist völlig sicher, dass er Eduardo Duhalde in den Internwahlen des Peronismus besiegen kann.“ Damit zerschlug der Ex-Rennfahrer die Hoffnungen einer Gruppe von Parteimanagern und Gouverneuren, die Reutemann als den idealen Prätendenten dafür ansehen, dass die Partei einen umfassenderen Konsens bei den unabhängigen Wählern erreicht.

In der vergangenen Woche hatte Reutemann in einem Interview darauf hingewiesen, dass er nicht in den internen Disput zwischen Menem und Duhalde verwickelt werden wolle. „Ich will für keinen der beiden Vorbeugung sein“, hatte er bei der Gelegenheit erklärt, wenn er auch gleichzeitig die politischen Bedingungen Menems lobte, den er dazu noch mit dem verstorbenen brasilianischen Rennfahrer

Ayrton Senna verglich. Reutemann und Menem wollten sich ursprünglich noch vor Jahresende treffen, doch bat „Lole“ auf Grund der Aussichten, die sich nach seinen Erklärungen in der Öffentlichkeit zeigten, um eine Verschiebung. Am Ende kam es am Sonntag zu einem „geheimen“ Treffen in der Residenz in Olivos, das zwei Stunden dauerte und in dessen Verlauf Reutemann versprach, er werde sich unmittelbar entscheiden.

Zahlreiche Parteimanager erwogen dann die Möglichkeit von Reutemann als Kandidat der Regierungspartei. Das Thema beunruhigte Eduardo Duhalde, den PJ-Vorkandidaten, der in den Umfragen als Favorit erscheint und verleitete diesen zu wenig schmeichelhaften Aussagen über Reutemann, die er aber am Dienstag als „so nicht gemeint

und aus dem Zusammenhang gerissen“ bezeichnete. Gegenüber der Presse kommentierte Duhalde die Entscheidung Reutemanns, sich nicht an der Ausscheidung um die Präsidentschaftskandidatur zu beteiligen, mit den Worten dies „könnte seine Chancen für die Gouverneurswahl beeinträchtigen“.

Mit dem Ausscheiden von Reutemann bleiben auf der nationalen Bühne des Peronismus am Ende zwei Rivalen. Duhalde selbst, der am Dienstag jede Möglichkeit eines Konsens mit dem Menemismus ausschloss und der Senator Ramón „Palito“ Ortega, den, so scheint es, der Menemismus nach den ersten Signalen in Richtung Reutemann in den letzten Tagen links liegen lässt.

Duhalde übt Kritik an Carlos Reutemann

Geharnischte Ablehnung einer Vertagung der Internwahlen

Eduardo Duhalde bekräftigte am Montag neuerdings, dass der Justizialismus am 11. April 1999 seinen Präsidentschaftskandidaten haben müsse, und dass eine Verschiebung des Termins gemäß den Intentionen einiger Mitarbeiter Carlos Menems unweigerlich einen „politischen Selbstmord“ der Regierungspartei zur Folge haben werde. Dazu wies der Gouverneur darauf hin, dass ein eventueller Start der Präkandidatur von Carlos Reutemann ein „mit heisser Luft gefüllter Versuchsballon des Menemismus“ wäre.

Der wiederholte Auftritt Duhaldes enthüllt sein politisches Unbehagen über die Wiederwahlträume Menems. Gleichzeitig aber auch seinen Verdross über die Erscheinung Reutemanns als zweiter interner Rivale neben Ramón Ortega. Eben aus diesem Grund und besorgt wegen der menemistischen Offensive gegen seine Kandidatur kam Duhalde von der Atlantikküste zurück, richtete sich in seinem Arbeitszimmer ein und kündigte an: „Diesen Sommer werde ich keinen Urlaub machen!“

Am vergangenen Wochen-

ende hatte Arbeitsminister Erman González noch erklärt, Menem sei der beste Kandidat für die Wahlen 1999. Der Generalsekretär des Präsidialamtes war noch einen Schritt weitergegangen: „Die Internwahlen müssen verschoben werden!“, versicherte er. Am Sonntag hatte sich Reutemann mit Menem in Olivos getroffen und aus dem PJ verlautete, die Mehrheit der peronistischen Gouverneure wolle die Kandidatur des Mannes aus Santa Fe unterstützen.

Duhalde seinerseits war vorsichtig in der Beurteilung und auch hinsichtlich eines Treffens der Gouverneure mit Innenminister Carlos Corach, wobei ihre Unterstützung von Reutemanns Kandidatur bekanntgegeben werden sollte. Er versicherte vielmehr, er sei nicht der einzige, der sich gegen eine Verschiebung der Internwahlen sträube. Jorge Busti hatte bereits darauf hingewiesen, dass dies einem politischen Selbstmord gleichkomme. Er, so Duhalde, teile diese Meinung ohne Einschränkung und weitere Gouverneure dächten ebenso. „Der Kandidat muss im April feststehen“, sagt Duhalde.

Dies wäre die Forderung des Duhaldismus für ein friedliche Zukunft mit Menem. Der angenommene Pakt würde die Parteiführung bis zum Jahr 2003 für Menem reservieren und den Vor-

sitz im Parteikongress für den Gouverneur. Ein ungeschriebener Teil der Forderung aber ist, dass sich Reutemann nur innerhalb der Grenzen Santa Fes bewegt.

Schutz der Alten vor Misshandlung

Die Stadtregierung hat vier Betreuungszentren für ältere Menschen eingerichtet, die unter emotionaler oder physischer Misshandlung leiden. Das Thema war bereits zur Behandlung vorgesehen, doch dann fiel unmittelbar die Entscheidung, nachdem Stadtregierungschef Fernando de la Rúa das Resultat einer Sonderuntersuchung erfahren hatte. Die von Fachleuten durchgeführte Untersuchung erwähnte nicht die mageren Renten, nicht die Schwierigkeiten, eine Betreuung durch den PAMI zu erreichen und ebensowenig die unzähligen Hürden, die Rentner überwinden müssen, wenn sie Beschwerden haben. Auch über die Gleichgültigkeit eines bedeutenden Sektors der Gesellschaft gegenüber den Senioren, sagt die Untersuchung nichts. Die Resultate enthüllen eine brutale Realität. In dem Bevölkerungsteil der über 60jährigen von 690.000 Personen, das sind 23 Prozent der Gesamtbevölkerung, weisen nicht weniger als 300.000 ältere Menschen darauf hin, dass sie sich misshandelt fühlen. „Demütigung, Geringschätzung und Verlassenheit sind ebenso Faktoren dieser emotionalen Misshandlung wie das Gefühl, wenig geliebt und nicht gehört zu werden, oder niemand zu haben, der hilft, Probleme zu lösen“, sagte dazu ein Beamter der Stadt. De la Rúa war von diesen Erkenntnissen derart betroffen, dass er unmittelbar das Programm „Proteger“ (soviel wie „Schutzprogramm“) anlaufen liess. In dessen erster Etappe werden in den vier genannten Zentren Psychologen, Fürsorger und Stadtangestellte die Senioren im Rahmen von Privatgesprächen betreuen. Die Zentren, die montags bis Freitags täglich von 10.00 bis 16.00 Uhr geöffnet sind, befinden sich in Montiel 3851, Villa Lugano; Paraguay 5170, Palermo; Amancio Alcorta 1402, Barracas und Hipólito Yrigoyen 3202, Once. Die Betreuung ist gebührenfrei.

Erklärungen von Aussenminister Di Tella

Auch mit De la Rúa wird sich die Aussenpolitik nicht wesentlich ändern

Für Aussenminister Guido Di Tella ist die Sache ganz einfach. Die nächste Regierung, gleich welcher Couleur, wird die Orientierung der Aussenpolitik von Carlos Menem aufrechterhalten. Di Tella ist so überzeugt davon, dass er eine Prognose abgibt und versichert, wenn der Allianz-kandidat Fernando de la Rúa in die Casa Rosada einziehe, werde er in dieser Hinsicht keine Änderungen einführen. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass er die Politik aus eigenem Entschluss ändert“, versichert der Aussenminister.

Die Worte Di Tellas werden zweifellos für einigen Aufruhr sorgen. Vor einigen Wochen hat de la Rúa selbst die Änderungen angekündigt, die er in die Aussenpolitik einzuführen gedenkt, wenn er an die Regierung kommt: Neuorientierung der Beziehung Argentiniens zu den USA und mehr Priorität für die Bindungen mit der Europäischen Union.

Dessen ungeachtet meint Di Tella, „die nächste Regierung wird ganz sicher nichts ändern“. In einem Interview mit der Nach-

richtenagentur DyN bezog er sich dazu direkt auf den Präsidentschaftskandidaten der Allianz. „Dr. de la Rúa ist ein Mann, der sich durch seine Besonnenheit und einen eher konservativen Geist auszeichnet“, unterstrich Di Tella. Im gleichen Atemzug unterstrich der Aussenminister die Bindungen mit den USA. „Diese Annäherung wurde zu Beginn der Regierung Menems von einigen Sektoren der Opposition möglicherweise auf Grund in diesem Moment vorliegender Umstände abgelehnt. Doch heute anerkennt die Opposition die Notwendigkeit einer politisch reifen und dauernden Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Es gibt überreichlich Beweise für die Zweckmässigkeit dieser internationalen Allianz“, unterstrich Di Tella gegenüber der Nachrichtenagentur. „Die derzeitige Aussenpolitik“, fuhr Di Tella fort, „hat eine unheilbringende Tradition der antinordamerikanischen Konfrontation begraben, die uns in eine erdrückende internationale Isolierung zwang. Niemand könnte heute die Fort-

setzung einer derartigen Politik mit vernünftigen Gründen rechtfertigen. Wir können nur hoffen,

dass die Debatte über die Aussenpolitik die Wahlkampagne nicht verzerrt.“

Randglossen

Die Ernennung der Spitzenkandidaten für mehrere Ämter durch die fünf Allianz-Gewaltigen unter Umgehung parteiinterner Wahlen hat den Bürgermeister von Vicente López, Enrique „Japonés“ García, zur Rebellion innerhalb seiner radikalen Partei bewegt. García will gegen seinen Kollegen von San Isidro, Mechor Posse, in parteiinternen Wahlen für das Amt des Vizegouverneurs der Provinz Buenos Aires antreten. Posse war mit den Zeigefingern der radikalen Parteiführung unter Expräsident Alfonsín als Formelpartner der ebenfalls mit Zeigefinger, allerdings von „Chacho“ Alvarez, ernannten Gouverneurskandidatin Graciela Fernández Meijide gekürt worden. García fordert Internwahlen, deren Aufwand die Parteiführung fürchtet. Der Zeigefinger massgebender Politiker soll den Stimmen der Parteimitglieder und unabhängiger Wähler weichen.

Der Schachzug von Graciela, der zwar deutlich spanischer Herkunft ist, aber angeblich wie ein Japaner aussieht, hat nicht nur die radikale Parteispitze in Aufruhr versetzt, sondern den Altperonisten, Senator Antonio Cafiero, in seinem Ferienort in Pinamar zur neckischen Initiative verleitet, García als seinen Formelpartner für das Gouverneursamt der Provinz Buenos Aires namens der Justizialistischen Partei zu empfehlen. Cafiero stellt sich eine PJ-UCR-Koalition vor, die der Allianz UCR-FREPASO Stimmen stützen könnte. García zeigte sich zwar überrascht, aber keineswegs ablehnend. Cafiero muss sich zwar noch als Kandidat in einer Internwahl bestätigen lassen, für die er seine vierjährige Erfahrung als Gouverneur von 1987 bis 1991 mitbringt, als er zusammen mit den Radikalen in einer Volksbefragung zwecks Verfassungsreform mit anschliessender Wiederwahl zwei zu eins unterlag. Kein gutes Omen.

DIE WOCHE IN ARGENTINIEN

Albamontes Kritik

Der Ex-Abgeordnete für die UCeDé, Alberto Albamonte, erschien jetzt neuerlich in der Öffentlichkeit, um den „Zirkus“ um die Ex-Chefs der Militärdiktatur einer harschen Kritik zu unterziehen. Die Revision der Repression in den 70er Jahren, Ursache der derzeitigen Justizuntersuchung, ist gemäss Albamonte einfach „Eigensinn“. Mittels eines über Internet verbreiteten Pressekommuniqués urteilt der ehemalige Abgeordnete, man riskiere da mit einer eigensinnigen Interpretierung von Umständen, die bereits abgeurteilt seien, die Befriedung des Landes.

Córdovas Protest

Mendozas CGT-Generalsekretär Jorge Córdova ist hinsichtlich der von Gouverneur Arturo Lafalla zum Jahrestage angeordneten Säuberung der Polizei, in deren Rahmen mehr als 200 Beamte entlassen werden sollen, auf die Barrikaden gegangen. „Es ist keine Vergütung für all das, was die Polizei für Mendoza getan hat“, versicherte Córdova. Der Auslöser der Massnahme, die Frucht eines Konsens mit Jorge Genoud von der UCR und Carlos Balter von den Demokraten ist, war die dreitägige Rebellion der Ordnungshüter im Oktober.

Dissidenten in Salta

Eine Gruppe von Dissidenten des Frente Grande in Salta hat eine neue Partei mit dem Namen Frente Salteño gebildet, um an den Provinzwahlen im Mai teilnehmen zu können. Das Gründungskomitee von Víctor Hugo Casso, Hugo Copa und anderen trennte sich vom Frente Grande, als dieser die Allianz mit dem Partido Renovador beschloss.

Alleingang Natales

Der Nationalabgeordnete für den Partido Demócrata Progresista in Santa Fe, Alberto Natale, versicherte am Montag, dass er nicht an den Wahlen in diesem Jahr teilnehmen werde. Ich bin Abgeordneter bis 2001 und ich denke nicht daran, für irgend etwas zu kandidieren“, versicherte Natale gegenüber der Presse. Im gleichen Atemzug beklagte sich der Abgeordnete über das Fehlen von Allianz-kandidaten in Santa Fe und unterstrich die Notwendigkeit der Aufstellung einer Liste von gemeinsamen Kandidaten.

Verani will mehr

Die Manager der UCR in Río Negro haben beim Obersten Gerichtshof der Provinz gegen die Annullierung der Formel Pablo Verani-Bautista Mendioroz Einspruch erhoben, die in diesem Jahr ihre Wiederwahl als Gouverneur und Vize

anstreben. Die mit der Nichtdurchführung von Internwahlen begründete Anfechtung wird von den Bevollmächtigten der UCR abgelehnt, weil die Nominierung der Formel entsprechend einem im Parteistatut vorgesehenen Mechanismus zustandekam.

Bagnasco resigniert

Richter Adolfo Bagnasco räumte in Erklärungen gegenüber Azul Televisión (Ex-Canal 9) ein, er könne auf sein Amt verzichten, „wenn in irgend einem Sektor der Macht die Absicht besteht, Bundesrichter zum Mittelpunkt politischer Ziele zu machen“. Er jedenfalls werde dies für seine Person nicht akzeptieren und zurücktreten, wenn er sich als Pfand politischer „Techtel-Mechtel“ fühle.

Strassenblockade

Die Zufahrtstrassen von Necochea werden seit Samstag der vergangenen Woche von Getreidetransportfahrzeugen blockiert, die damit die Lieferung anderer Produkte verhinderten. Einige Tankstellen hatten am Mittwoch bereits kein Benzin mehr und in den Supermärkten zeigten sich leere Regale. Die Blockade ist ein Protest gegen den Kauf von Supertransportern durch die Hafenerbetriebsfirma, mit denen die herkömmlichen Transporter nicht konkurrieren können. Wie üb-

lich haben sich, wie verlautet, bewaffnete Gruppen von Gewerkschaftsschlägern gezeigt, die in landwirtschaftlichen Betrieben versuchten, die Getreideernter und deren Transport gänzlich zu verhindern.

Machtwort Zulemas

Die ehemals 1. Dame der Nation, Zulema Yoma, sprach am Montag hinsichtlich politischer Demonstrationen ihrer Tochter Zulemita ein Machtwort. „Zuerst muss der Tod meines Sohnes Car-litos bei dem Hubschrauberabsturz 1995 untersucht werden. Wenn man dann weiss, wie das mit dem Attentat war, können sie weiterhin daran denken, Zulemita auf die Malwinen zu schicken“, erklärte die streitbare Zulema gegenüber der Zeitung Voz del Comahue.

Skorpione

In der Provinzhauptstadt La Plata sind in den letzten Tagen im Stadtteil Los Hornos vereinzelt Skorpione aufgetaucht. Die Gesundheitsbehörden haben, wie bei anderen Gelegenheiten, ihre Gefährlichkeit heruntergespielt, gleichzeitig aber ihre unmittelbare Tötung empfohlen. Wie verlautet, sind 16 verschiedene Arten in der Provinz heimisch, von denen nur eine, Tytius trivittatus, gefährlich ist.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

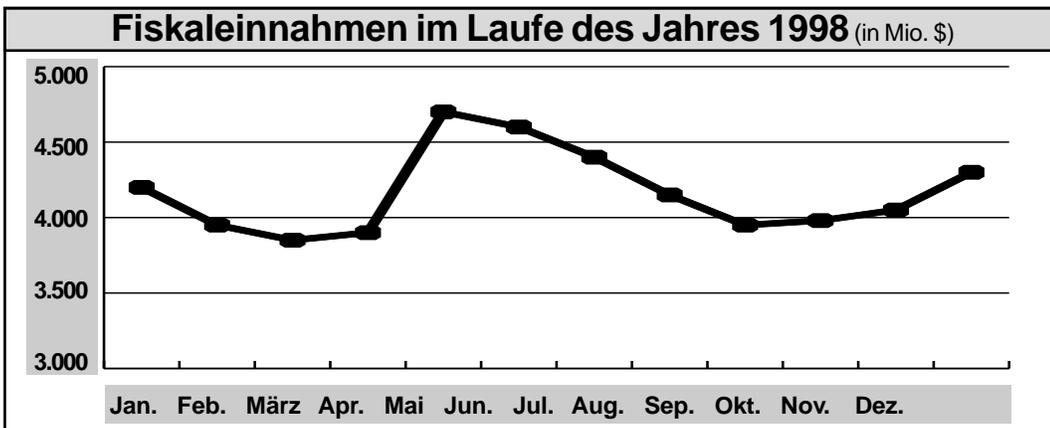
Niedrige Steuereinnahmen

Der Ausweis des Bundesamtes für öffentliche Einnahmen (AFIP), dem das Steueramt und

das Zollamt untergeordnet sind, für Dezember und für das ganze Jahr 1998 ist enttäuschend. Im

Dezember lagen die Einnahmen an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren um 0,7% über dem Vorjahr und um 6,2% über November, was fast aus-

schliesslich auf den zusätzlichen Vorschuss auf die Gewinnsteuer und die Vermögenssteuer zurückzuführen ist, was bedeutet, dass das Ergebnis nach oben frisiert wurde und in Wirklichkeit noch schlechter ausgefallen ist.



FISKALEINNAHMEN (in Mio. \$)							
	Dez.'98	Dez.'97	Dez.'96/ Dez.97%	Nov.'98	Dez.'98/ Nov.98%	1998	1998/ 1997%
Gewinnsteuer	950,4	643,0	47,8	700,0	35,8	9.488,6	13,9
Gewinnst. Steueramt	912,2	599,8	52,1	660,4	38,1	8.988,5	14,7
Gewinnst. Zollamt	38,3	43,2	-11,3	39,6	-3,2	500,0	0,9
MWSt.	1.577,3	1.746,6	-9,7	1.762,9	-10,5	20.857,4	1,9
MWSt. Steueramt	1.212,8	1.260,7	-3,8	1.222,9	-0,8	14.894,3	1,7
Rückzahlungen (-)	201,2	159,1	26,5	59,8	236,6	1.732,6	-7,0
MWSt. Zollamt	565,7	644,9	-12,3	599,8	-5,7	7.695,6	0,0
Rückerstattungen (-)	39,6	51,9	-23,6	45,6	-13,1	520,3	-20,4
Interne mit Provinzbeteil.	125,1	129,6	-3,4	128,5	-2,6	1.481,9	-3,6
Freiw. u. erleichterte Zahl.	1,6	3,9	-60,2	0,6	179,2	-15,7	—
Anderer mit Provinzbeteilig.	14,8	21,5	-31,4	15,9	-7,3	209,3	-6,6
Aussenhandel (1)	220,7	237,3	-7,0	222,6	-0,9	2.803,8	-1,1
Benzinsteuer	226,1	249,1	-9,2	198,5	13,9	2.325,4	-4,8
Anderer Kraftstoffsteuer	188,1	235,2	-20,0	132,7	41,8	1.367,1	-7,8
Persönliche Vermögensteuer	123,5	72,9	69,3	18,6	562,8	772,2	58,0
Anderer Steuern (2)	99,4	114,7	-13,4	108,2	-8,2	999,3	25,6
Arbeitnehmerbeiträge	476,7	534,3	-10,8	488,7	-2,5	6.253,6	-1,9
Arbeitgeberbeiträge	621,6	626,1	-0,7	611,5	1,6	7.917,1	9,8
Zahlungserl. Sozialbeiträge	7,8	25,4	-69,2	8,4	-7,4	175,9	-56,8
Anderer Sozialvers.							
-Einnahmen (3)	31,3	7,9	289,7	31,2	0,3	152,3	-51,9
Privates Rentensystem (-)	327,2	299,0	9,4	335,4	-2,5	4.149,3	12,3
Verzög. u. vorübergehende Rentenzahlungen (-)	15,7	46,0	(65,8)	16,9	-7,3	82,0	31,1
Zwischenbetrag Steueramt	2.636,3	2.439,5	8,1	2.355,6	11,9	28.352,8	6,7
Zwischenbetrag Zollamt (3)	851,1	962,4	-11,6	887,3	-4,1	11.416,3	0,1
Steuer- und Zollamt	3.487,3	3.401,9	2,5	3.242,9	7,5	39.768,9	4,7
Sozialversicherung	794,5	848,7	-6,4	787,4	0,9	10.267,7	-2,7
Gesamteinnahmen	4.281,8	4.250,6	0,7	4.030,3	6,2	50.036,5	3,1
Insg. mit priv. und vorüberg. Renten	4.624,7	4.595,5	0,6	4.382,7	5,5	54.267,8	3,8

(1) Ein-, Ausfuhr- und Statistikgebühren. (2) Interne Steuern auf Versicherungen, Kfz., Dieselmotoren und Zusatzsteuer auf Zigaretten. (3) Einschliesslich Sozialbeiträge aus der Einheitssteuer.

Im ganzen Jahr 1998 lagen die Fiskaleinnahmen um 3,1% über 1997, wobei sie in diesem Jahr um 12,7% gegenüber 1996 gestiegen waren. Jene Zunahme war durch die gute Konjunktur des Jahres 1997 bedingt, aber auch durch die Steuerreformen, die ab August im Jahr 1996 durchgeführt wurden, die sich zum grossen Teil erst 1997 ausgewirkt haben. Die Zunahme von 1998 liegt unter der des Bruttoinlandsproduktes von etwa 5%. Im Budget 1998 war mit einer Zunahme von 9,6% gerechnet worden, allerdings auf der Grundlage einer höheren Zunahme des BIP.

Nachdem die offiziellen Zahlen am Montag bekanntgegeben worden waren, wies Unterstaatssekretär Guillermo Rodríguez Usé darauf hin, dass die gesamten Fiskaleinnahmen in Wirklichkeit um \$ 2,27 Mrd. höher seien, so dass sie \$ 52,5 Mrd. statt nur \$ 50,036 Mrd. ausmachen. Somit ist man dem Plan-soll des Budgets von \$ 54,8 Mrd. näher gekommen. Dennoch ändert dies nichts am Defizit, da es sich hier um zweckbestimmte Steuern handelt, wie der Tabakfonds, der Elektrizitätsfonds, Familienlöhne u.a., bei denen diese Einnahmen durch Ausgaben in etwa der gleichen Höhe ausgeglichen werden. Und auch wenn ein Überschuss verbleibt, wird er im Budget nicht berücksichtigt.

Es besteht ein gültiger Umstand dafür, dass die Fiskaleinnahmen weniger als das BIP stiegen: die persönlichen Beiträge zum Rentensystem lagen um 1,9% unter dem Vorjahr, wogegen die Unternehmerbeiträge um 9,8% höher waren. Obwohl der direkte Übergang vom staatlichen Rentensystem auf das private gering ist, besteht eine hohe indirekte Übertragung, indem diejenigen, die in Pension gehen, das staatliche System als Beitragende verlassen, während diejenigen, die neu in den Arbeitsprozess eintreten, sich

bei den privaten Kassen (AFJP) melden, die ihnen eine wesentlich höhere Pension in Aussicht stellen. Dies reicht jedoch nicht aus, um den Rückgang zu erklären.

Die Gewinnsteuer sticht bei den Zahlen über Steuereinnahmen nicht nur im Dezember, sondern auch im ganzen Jahr hervor, mit \$ 9,5 Mrd., die um 13,9% über dem Vorjahr liegen. Das ist zum Teil auf eine allgemeine Vorverlegung der Vorschüsse zurückzuführen, aber auch auf die gute Konjunktur des Jahres 1997 und des ersten Halbjahres 1998. Das Ergebnis wird strukturell auch dadurch positiv beeinflusst, dass die Vergünstigungen, die im Rahmen der Industrieförderungen gewährt wurden, nach und nach ablaufen und auf alle Fälle 1998 geringer als im Vorjahr waren.

Die MWSt., die im ganzen Jahr 1998 einen Anteil von 41,7% an den gesamten Fiskaleinnahmen ausweist, wies eine besonders unbefriedigende Entwicklung auf. Die Einnahmen aus dieser Steuer (bei Abzug der Rückzahlungen an Exporteure) lagen im Dezember um 9,7% unter Dezember des Vorjahres, um 10,5% unter November 1998 und im ganzen Jahr 1998 um 1,9% über 1997. Im Dezember gab die AFIP den Exporteuren mit \$ 201,2 Mio. um 26,5% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und um 236,6% mehr als im November zurück. Aber im ganzen Jahr 1998 waren es mit \$ 1,73 Mrd. um 7% weniger als 1997. Bei gleichen Rückzahlungen der MWSt. liegen somit die Einnahmen aus der MWSt. knapp über dem Vorjahr. Im Rückgang für Dezember kommt der Konjunktüreinbruch voll zum Ausdruck. Dennoch sollte das Ergebnis mindestens über November liegen, da die Ausgaben im Zusammenhang mit Weihnachten und Neujahr, die mit dem halben Zusatzlohn oder -gehalt finanziert werden, ins Gewicht fallen.

Dieses Ergebnis der MWSt. muss als eine Katastrophe bezeichnet werden; denn es bedeutet, dass die Hinterziehung zugenommen hat. Dabei hat sich das Steueramt mit zahlreichen Massnahmen und intensiven Inspektionen darum bemüht, die Hinterziehungsmöglichkeiten einzudämmen. AFIP-Direktor Carlos Silvani hat seinerzeit die Strategie des Amtes in diesem Sinn ausführlich erklärt. Aber der

Erfolg blieb aus. Es ist wohl an der Zeit, dass man sich die Hinterziehungsproblematik gründlich überlegt und andere Wege beschreitet. So wurde z.B. seit März 1998 im Landwirtschaftssekretariat an einer direkten Kontrolle der Schlachthäuser gearbeitet, die zwangsweise mit automatischen Waagen ausgerüstet werden sollten, die die Tiere zählen und wiegen und das Ergebnis in ein Computergedächtnis einfügen, wobei dies durch eine private Firma kontrolliert werden sollte. Es ist keine komplizierte Angelegenheit; aber in 9 Monaten ist nichts geschehen. Gemäss privaten im Berechnungen beträgt die Hinterziehung Bereich der Rinderwirtschaft, vom Landwirt bis zum Metzger, über \$ 800 Mio. jährlich. Dieses einfache Kontrollsystem würde mindestens \$ 400 Mio. einbringen. Das gleiche System sollte auch bei Weizenmühlen, bei der Verarbeitung von Ölsaaten, bei Zucker u.a. Produkten angewendet werden. Minister Roque Fernandez weiss von dieser Initiative, scheint sich jedoch nicht darum zu kümmern. Warum?

Es bestehen noch andere Kontrollmöglichkeiten. Eine einfache Methode, viele Hinterzieher zu erfassen, bestünde darin, die Steuer auf Gasöl derjenigen des Benzins gleichzustellen, aber Landwirten, Transportunternehmen u.a. Unternehmen zu erlauben, diese Steuer gegen die Gewinnsteuer, die MWSt., Sozialabgaben u.a. Steuern zu verrechnen und, wenn ein Überschuss besteht, ihn zurückzuzahlen. Dadurch würden die Hinterzieher erfasst, wobei ausserdem die privaten Benutzer von Automobilen mit Dieselmotor auch keine unbeeidigte Subvention mehr erhielten. Es ist eine einfache Idee, die jedoch nicht einmal zur Diskussion steht.

Es bestehen noch weitere Möglichkeiten, die Kontrollen zu verbessern, wie zum Beispiel die Einführung integraler Informatiksysteme bei den Immobilieregistern u.a. Registern, bei direktem Zugang des Steueramtes zu den Datenbanken. Unsererseits sind wir der Meinung, die Privatisierung der Steuerkontrolle würde stark zur Verringerung der Hinterziehung beitragen. Aber Silvani ist nicht damit einverstanden, ebenso wie er Prämien der Inspektoren im

Verhältnis zu den Mehreinnahmen, die sie schaffen, ablehnt. Er scheint davon auszugehen, dass die Inspektoren gute Arbeit leisten, und die Korruptionsfälle Ausnahmen sind. Das ist reichlich naiv. Was die private Kontrolle betrifft, so sei darauf hingewiesen, dass mehrere Provinzen (Entre Ríos, Tucumán, Salta u.a.) schon bei der Bruttoumsatzsteuer verwenden, die zum Teil ausserhalb der Provinzen entsteht. Der Erfolg ist dabei sehr gross.

Beim schlechten Ergebnis der Fiskaleinnahmen konnte das Schatzamt das Abkommen mit dem IWF nicht erfüllen, so dass ein Dispens notwendig ist, den die Fachleute, die die Zahlen unlängst an Ort und Stelle geprüft haben, dem IWF-Direktorium

empfehlen werden. Der Fall ist schliesslich nicht so schlimm, da das Plansolldefizit von \$ 3,5 Mrd. nur um \$ 150 bis \$ 300 Mio. überschritten wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die im Budget 1998 vorgesehene Ausgaben faktisch um etwa \$ 1,5 Mrd. gekürzt wurden, was meistens bedeutet, dass einfach nicht gezahlt wurde, dass Ausgaben auf 1999 verschoben wurden und das bestimmte unerlässliche Ausgaben nicht durchgeführt wurden (wie Instandhaltungsausgaben). Bei ordentlicher Buchführung, wie sie eine Privatfirma durchführt, wäre das Defizit somit wesentlich höher ausgefallen. Aber der Staat hält sich eben nicht an so strikte Normen, wobei die Ergebnisse jeweils kräftig frisier werden.

Deflationsjahr 1998

Nachdem der Index der Konsumentenpreise im Dezember mit einer Nullveränderung abschloss, lag die Zunahme im ganzen Jahr bei 0,7%. Dieser Satz liegt leicht über den 0,1% von 1996 und 0,3% von 1997, was jedoch überhaupt keine Bedeutung hat. Bei diesen Indices besteht jeweils ein Zufallsfaktor, der sich auf das Ergebnis auswirkt. Tatsache ist, dass Argentinien eine gefestigte Stabilität genießt, so dass die monatliche Entwicklung des Indices der Konsumentenpreise kaum noch Aufmerksamkeit erregt. Bei diesen geringen Zunahmen besteht in Wirklichkeit eine Abnahme der Preise. Denn einmal kaufen die Konsumenten jeweils mehr von den relativ billigeren Produkten und auch mehr in Geschäften, die niedrigere Preise ausweisen. Der Index hat starre Wägungen und berücksichtigt diesen Faktor nicht. Ebenfalls werden qualitative Fortschritte nicht in Betracht gezogen, die laufend stattfinden. Dass z.B. in

den letzten Jahren die öffentlichen Dienste bedeutend besser geworden sind (Telefon, Stromversorgung, Gasversorgung, Eisenbahnen, Untergrundbahnen, Wasserversorgung) kommt im Preisindex nicht zum Ausdruck, der nur die Preisveränderungen registriert, als ob der Dienst der gleiche wäre.

Was jedoch im letzten Jahr normal war, war die Entwicklung des Indices der Grossistenpreise, der einen Rückgang von 1,1% im Dezember und von 6,3% im ganzen Jahr aufweist, nachdem er im Vorjahr schon um 1% gefallen war. Hier besteht somit eine deutliche Deflation. Man hätte annehmen können, dass die Konsumentenpreise dann ebenfalls sinken; aber es besteht keine Parallelität. Einmal pflegt der Einzelhandel diese Preisschwankungen auszugleichen, und dann haben bei den Konsumentenpreisen die Dienstleistungen einen grossen Einfluss, deren Preise viel starrer sind. Als der Preis für Rinder



SERVICIOS DIGITALES S.A.

ESPECIALISTA EN

Multimedia, Titulos CD-Rom, Presentaciones Interactivas, Documentos Electrónicos, Internet, Intranet y mucho más...

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. - Argentina
Tel/Fax: (54-1)393-8837/394-8298 - servicios@maus.com.ar

letztes Jahr stark stieg, haben die Metzger ihre Margen verringert und die Hausse nur zum geringsten Teil abgewälzt. Als er dann abrupt fiel, haben sie ihre Margen wieder erhöht.

Der Rückgang der Grossistenpreise war bei landwirtschaftlichen Produkten mit minus 16,4% in 12 Monaten besonders ausgeprägt, wobei allein Dezember eine Verringerung von 4,8% ausweist. Getreide und Ölsaaten sind auf dem Weltmarkt gesunken, was sich direkt auf die internen Preise ausgewirkt hat. Bei Rindfleisch setzte 1997 eine Hausse ein, die vornehmlich durch die Einbehaltung von Rindern durch die Landwirte bedingt war. Einmal führten die niedrigen Getreidepreise zu einem verstärkten Interesse für Rinderzucht; und dann regnete es mehr als normal, dank der „El Niño-Strömung“ im Pazifik, so dass sich die Weiden in hervorragendem Zustand befanden, was die Viehzüchter dazu verleitet, ihre Rinder länger zu mästen. Schliesslich mussten die Tiere dann doch verkauft werden, mit mehr Gewicht, so dass das Angebot stark stieg. Da sich der internationale Markt noch nicht erholt hat, entstand sofort ein starker Druck auf die Preise.

Abgesehen von der Landwirtschaft, wirkte sich auch der Rückgang des Erdölpreises von 37% in 12 Monaten aus, der sich auch auf Gas auswirkte. Ebenfalls sank der Strompreis, nachdem der Brennstoff billiger wurde, wobei das gute Regenjahr ausserdem die Staudämme gefüllt und für mehr Wasserkräfteangebot gesorgt hat. Auch bei industriellen Commodities gingen die Preise zurück.

Auf dem Binnenmarkt hat der Rückgang der Grossistenpreise bestimmten Industrien und dem Handel höhere Gewinne erlaubt. Aber beim Export handelt es sich um einen hohen Nettoverlust für das Land, der vom Studienzentrum (CEP) des Sekretariates für Industrie, Handel und Bergbau auf etwa US\$ 3 Mrd. im ganzen Jahr berechnet wird.

Voraussichtlich wird diese Deflation 1999 nicht weitergehen. Im Gegenteil: gelegentlich sollten die Commodities wieder steigen, besonders Erdöl, nachdem zunächst keine Gefahr besteht, dass Irak wieder als voller Lieferant zugelassen wird, und sich Venezuela andererseits be-

reit zu erklären scheint, auch die Produktion zu drosseln. Aber auch bei Getreide und Ölsaaten ist mit einer besseren Marktlage zu rechnen, nachdem der anormal kalte Winter in den USA sich auch auf die Getreide- und Ölsaaten auswirken dürfte. Nachdem der Preisrückgang die Einzelhandelspreise 1998 kaum beeinflusst hat, dürfte sich auch eine Erholung nicht auswirken.

Entscheidungen über Yacyretá

Das Riesenwasserkraftwerk Yacyretá läuft gegenwärtig mit seinen 20 Turbinen, aber bei halber Kapazität. Für die volle Auslastung sind zusätzliche Investitionen notwendig, die erlauben, den Wasserpegel zu erhöhen. Das erfordert zwischen US\$ 600 und US\$ 800 Mio., wobei es sich um eine hochrentable Investition handelt, wenn man die zusätzliche Stromerzeugung auf diesen Betrag bezieht, der in etwa drei Jahren amortisiert werden würde. Rein wirtschaftlich hat diese Investition demnach hohe Priorität. Allein, nachdem ohnehin Strom im Überfluss erzeugt wird, hatte die argentinische Regierung keine Eile, wobei der jüngste Regierungswechsel in Paraguay auch Probleme schuf, da in der Schlussphase der Wassermosy-Regierung keine Entscheidungsfähigkeit bestand. Nachdem jetzt Vorkehrungen getroffen werden, um grössere Men-

1999 beginnt indessen beim Konsumentenpreisindex mit einigen Preiszunahmen: die Tarife für Eisenbahnen und Untergrundbahnen sollen unmittelbar erhöht werden, der Tarif für Wasser steigt und das Kabelfernsehen und die privaten Gesundheitsdienste werden wegen der MWSt. teurer. Das hat jedoch eine minimale Wirkung auf den Gesamtindex.

gen Strom nach Brasilien zu exportieren, wird die Vollendung des Yacyretá-Werkes besonders interessant. In einer Zusammenkunft, die unlängst in Washington stattfand, bei der Vertreter der beiden Regierungen, des binationalen Unternehmens (Ente Binacional Yacyretá, im Kürzel EBY), der Weltbank und der interamerikanischen Entwicklungsbank beteiligt waren, wurde der Beschluss gefasst, im zweiten Halbjahr 1999 die Ausschreibung durchzuführen, um die Investitionen, die für die Erhöhung des Wasserpegels von 76 auf 83 Meter notwendig sind, in Konzession zu vergeben. Dabei fehlt allerdings noch ein Enteignungsgesetz, wobei die Regierung damit rechnet, dass es im März vom Kongress genehmigt wird.

Diese Konzession soll angeblich an denjenigen vergeben werden, der sich mit dem gering-

sten Anteil am zusätzlich erzeugten Strom begnügt. Der Konzessionär erhalte demnach die direkte Verfügbarkeit über diesen Strom. Es wäre jedoch ein Fehler, die Konzession auf dieses Prinzip aufzubauen, da dann der Konzessionär auch das Preisrisiko trägt, was ihn zwingt, mehr zu fordern. Logisch wäre es, dass er einen festen Betrag pro zusätzlicher Kilowattstunde erhält, unabhängig vom Strompreis. Allerdings würde er dann nicht direkt über den Strom verfügen, so dass es vom EBY abhängt, ob er zu seinem Geld kommt. Dennoch kann man dem Konzessionär die Zahlung sichern, indem das Inkasso über eine Bank geht, die den Anteil des Konzessionärs abzwiegt. Angeblich haben sich schon Interessenten gemeldet: Electricité de France, Hydro-Quebec u.a. Es dürfte sich wohl noch mehr Unternehmen melden, da es sich um ein interessantes Geschäft mit geringem Risiko handelt.

Bei der erwähnten Zusammenkunft wurde beschlossen, die Konzession für den Betrieb des Kraftwerkes zu vertagen. Als das absurde Privatisierungsprojekt von Cavallo platze, bei dem Yacyretá für ein Butterbrot an einen privaten Konzessionär übergeben werden sollte, wurde die Konzession der Verwaltung und Instandhaltung als Alternative vorgelegt. Eine

INVIERTA EN DIAMANTES

KOH-I-NOOR



NUEVA LINEA DE
HELADERAS Y FREEZERS

KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

(01) 730-0011



Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia. de Buenos Aires - Argentina. Tel: 730-0011 - Fax: 730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.

Privatfirma, die nicht politisch bedingt ist, wie es bei der staatlichen Verwaltung der Fall ist, und deren Entlohnung an Wirtschaftlichkeitsparameter (Gewinn, Kapazitätsauslastung, Kosten u.a.) gebunden ist, würde das Werk bestimmt besser verwalten. Aber vor allem von paraguayischer Seite besteht Widerstand gegen diese Initiative. Denn Mitglieder des Regierungsestablishments hoffen eben, weiterhin gute Geschäfte mit Yacyretá zu machen, was bei privater Verwaltung kaum möglich wäre.

Yacyretá hat noch ein schwebendes Problem, das letzten Monat aufgefrischt worden ist. Das EBY schuldet dem Unternehmen Eriday (ein Gemeinschaftsunternehmen der französischen Dumézil und der italienischen Impregilo), das den Staudamm gebaut hat, einen hohen Betrag. Laut Eriday sind es angeblich US\$ 1,2 Mrd.; laut EBY jedoch nur US\$ 150 Mio. Bisher war allgemein von etwa US\$ 600 Mio. die Rede. Die Privatfirma hat nun Henry Kissinger beauftragt, die argentinische Regierung zu bewegen,

Die Senkung der Pensionskassenbeiträge

Durch Dekret 1520/98 (Amtsblatt vom 31.12.98) wurde die Verringerung der Sozialbeiträge festgesetzt (die auf den Lohn oder das Gehalt berechnet werden), die im Zusammenhang mit der Steuerreform versprochen worden war. Ursprünglich sollte die Reform etwas über \$ 3 Mrd. einbringen, die für die volle Abschaffung des Unternehmerbeitrages eingesetzt werden sollten. Der persönliche Beitrag bleibt unverändert, da er zu über 70% an die privaten Kassen geht, womit er seinen steuerlichen Charakter verliert und zu einem privaten Beitrag wird, also zu Zwangssparen statt Steuer.

Nachdem die Steuerreform im Kongress nur teilweise verabschiedet wurde und die Einnahmen jetzt geringer sind, wird auch die Verringerung der Beiträge zu den Pensionskassen niedriger ausfallen. Ausserdem sieht sich die Wirtschaftsführung gezwungen, diese Mehreinnahmen zunächst als Ausgleich für die durch die Rezession bedingte geringeren Fiskaleinnahmen zu verwenden.

Von den 21,80%, die für die 1.Kategorie ab 1.April gelten, entfallen 9,91 Punkte auf die

diese Schuld zu zahlen, so dass dieser im Dezember hier auftauchte und mit Menem sprach. Auf bilateraler Basis wurde bisher keine Einigung über den Betrag erreicht, wobei die Positionen so weit entfernt sind, dass auch Menem beim besten Willen nichts tun kann. Die einzige Lösungsmöglichkeit besteht darin, dass die argentinische, wie auch die paraguayische Regierung, sich bereit erklären müssen, den Fall einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Die Weltbank hat eine Abteilung, die sich mit Problemen dieser Art bei öffentlichen Arbeiten befasst. Es wäre also logisch, wenn der Fall von dieser Stelle behandelt würde. Für Argentinien ist es gewiss nicht gut, wenn dieses Problem in der Schwebe bleibt, was dann dahingehend gedeutet wird, dass Argentinien eben einfach nicht zahlen will. Auf alle Fälle würde die Zahlung in Staatspapieren oder garantierten EBY-Obligationen auf über 10 Jahre erfolgen, so dass es sich nicht um ein unmittelbares Budgetproblem handelt.

Pensionskassenbeiträge, 5,25 Punkte auf die ehemaligen Kassen für Familiensubventionen, 1,05 Punkte auf den Beschäftigungsfonds, 0,59 Punkte auf das Nationale Institut für Sozialdienste für Rentner (PAMI) und 5 Punkte auf die Sozialwerke. Die Verringerung bezieht sich nur auf den Beitrag zu den Pensionskassen, wobei andere Beiträge unverändert beibehalten werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass von diesen für die verschiedenen Kategorien nur der Beitrag für die Sozialwerke gleich ist, während die anderen für die geförderten Kategorien abnimmt.

Die vorgesehenen Verringerungen sind je nach Kategorie unterschiedlich, da Cavallo seinerzeit die Unternehmerbeiträge schon für das Landesinnere herabgesetzt hat, als Mittel der Zentralisierungspolitik. Wie weit dies dazu beigetragen hat, dass drei Viertel der neuen Investitionen 1998 ins Landesinnere gingen und nur ein Viertel auf die Stadtzone von Buenos Aires und Umgebung entfiel, sei dahingestellt. Aber etwas dürfte dies auf alle Fälle gewirkt haben.

Verringerung der Unternehmerbeiträge

Kateg.	Derzeit	Zum 1.4.99	Zum 1.8.99	Zum 1.12.99	Änder. in %
1	23,90	21,80	19,70	16,90	-7,00
2	22,60	20,59	18,64	16,04	-6,56
3	21,20	19,41	17,61	15,21	-5,99
4	19,90	18,20	16,55	14,35	-5,55
5	18,50	17,00	15,50	13,50	-5,00
6	17,20	15,79	14,44	12,64	-4,56
7	15,80	14,60	13,40	11,80	-4,00
8	14,50	13,40	12,35	10,95	-3,55
9	13,10	12,20	11,30	10,10	-3,00
10	11,80	10,90	10,24	9,24	-2,56
11	10,40	9,80	9,20	8,40	-2,00

Quelle: Zeit. El Cronista aufgrund Dekret 1.520/98 und Angaben, des Wirtschaftsministeriums.

Somit bleibt bis April alles gleich, wobei dann schrittweise eine Verringerung eintritt, die besonders in der bisher nicht geförderten Gegend von Bedeutung ist. Die Regierung hat hier eine gute Gelegenheit versäumt, diese Herabsetzung als effektives Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Es wäre in diesem Sinn viel wirksamer gewesen, wenn die

Beiträge für die schon Beschäftigten beibehalten werden, dafür aber bei neuen Einstellungen ganz ausfallen. Auf diese Weise wären die Kosten für den Fiskus auch progressiv, wobei dies dann teilweise den Ausfall der geförderten Arbeitsverträge ersetzen würde, die unlängst abgeschafft wurden, bei denen u.a. keine oder verringerte Beiträge zum Rentensystem galten.

Aufstrebender Bergbau

Die Investitionen im argentinischen Bergbau werden laufend fortgesetzt. Im Jahr 1998 haben sich 63 neue Unternehmen für die entsprechenden steuerlichen Förderungs- und Stabilitäts-Sicherheitsauflagen eingetragen. Davon sind 16 ausländische und der Rest argentinische Firmen.

Die meisten dieser Firmen widmen sich der Förderung, und zwar 33 der eingetragenen, von denen 30 inländisch sind. 23 weitere Firmen sind Dienstleistungsbetriebe. Von diesen stammen acht aus dem Ausland. Die verbleibenden sieben Unternehmen, fünf argentinische und zwei ausländische, führen Erschliessungsarbeiten durch. Weitere in- und ausländische Bergbauunternehmen haben sich bereits eingetragen und befinden sich auf der Warteliste um die notwendigen Bewilligungen für die Aufnahme in die Fördermassnahmen zu erhalten. Diese Fördermassnahmen haben eine Laufzeit von 30 Jahren. Seit ihrer Einführung im Jahr 1993 wur-

den insgesamt 407 Unternehmen in das entsprechende Register aufgenommen. Mehr als die Hälfte fördern Erze und 20% von ihnen stammen aus dem Ausland. Unter den in diesem Jahr eingetragenen ausländischen Dienstleistungsunternehmen befinden sich Thiess Argentina, Wartsila, Red Path Mas Errazuriz, Northwestern Atlantic und Boyles Bros. Erschliessungsarbeiten werden von Oromin, Argentina Gold, BHP World Exploration durchgeführt, Erforschungen von Techstone und Europietra. Unter den argentinischen Unternehmen befinden sich u.a. Corcemar und Durlock. Letztere widmet sich ausser der Förderung auch der Weiterverarbeitung des geförderten Materials.

Das Gesetz Nr. 24.196 sieht für diese Unternehmen Sonderbegünstigungen bei der Gewinnsteuer, Befreiung von Stempelgebühren, Zollverringerungen für die Einfuhr von Kapitalgütern, Sondergeräten und Zubehör sowie Steuerstabilität für mindestens 30 Jahre, vor.

Pérez Companc übernimmt Molinos

Das zur Bunge und Born Gruppe gehörende Nahrungsmittelunternehmen Molinos Río de la Plata wurde von der Firma Pérez Companc zu 60% über die IRHE Holdings, mit Sitz auf den Cayman Inseln, übernommen. Als Kaufpreis wurde US\$ 376 bis 396 Mio. genannt. Dazu kommt die Übernahme von Passiven für weitere US\$ 364 Mio. Davon sind US\$ 164 Mio. langfristige und US\$ 200 Mio. kurzfristige Verschuldungen. Das Unternehmen wurde, nach die-

sen Angaben, mit US\$ 1,04 Mrd. bewertet.

Im November vorigen Jahres hatte die Bunge und Born Gruppe ihre Weizenmühlen und Brotfabriken in Australien für US\$ 270 Mio. an Goosman Fielder veräußert. Anfang Dezember verkaufte sie Cargill, dem grössten Getreidehändler der Welt, mehr als 60% der Gramoven (Grandes Molinos de Venezuela) für rd. US\$ 140 Mio. Nun steht noch die brasilianische Santista zum Verkauf aus.

Mit über US\$ 1,36 Mrd. Umsatz im Jahr 1997 ist Molinos Río de la Plata, nach Cargill, der zweitgrösste Verarbeiter landwirtschaftlicher Erzeugnisse Lateinamerikas, wie der Rangliste der Fachzeitschrift América Economía entnommen werden kann. Das Unternehmen wurde 1902 gegründet, als sich die Bunge und Borngruppe zum Ziel setzte, sich auch in der Weiterverarbeitung von Mehl zu betätigen. Damals wurde die erste Weizenmühle nahe dem Dock 3, in Puerto Madero, aufgestellt, die vor kurzem abgerissen wurde.

Nach zwei Jahrzehnten ständigen Wachstums erweiterte das Unternehmen 1925 seine Tätigkeit auf die Herstellung von Pflanzenölen aus Sonnenblumenkernen und Erdnüssen. Später kamen Sojabohnen dazu. 1933 wurde Reis und 1942 Yerba Mate dazugenommen. In den 50er Jahren erfolgte eine zusätzliche Erweiterung des Betätigungsfeldes. Das Unternehmen suchte, einen höheren Mehrwert bei den Produkten zu erreichen.

1978 wurde das Teigwarenunternehmen Matarazzo erworben, 1985 der Mayonnaise- und Sossenhersteller Fanacoa und 1990 das Wurstwarenunternehmen Tres Cruces. Anschliessend wurde Pindapoy, Fruchtsäfte, und Granja del Sol, Hamburger und andere Fleischprodukte, eingegliedert. Molinos hat 1997 am Binnenmarkt US\$ 781,4 Mio. und durch Export, schwerpunktmässig nach Brasilien, Russland, Chile und Südostasien, US\$ 582,2 Mio. umgesetzt und US\$ 7,8 Mio. Gewinn erwirtschaftet.

Die YPF-Aktien

Der Grundpreis für das zu veräussernde in Staatshänden befindliche Aktienpaket von YPF wurde mit \$ 38 pro Aktie festgelegt. Das ist der Preis, den Repsol geboten hatte. Interessenten können am 20.1.99 einzeln oder in Gruppen Angebote einreichen.

Damit erwartet die Wirtschaftsführung mindestens US\$ 2 Mrd. für die angebotenen 14,99% des Mineralölunternehmens. Die letzte Börsennotierung der Aktie betrug \$ 29. Der wesentlich höhere Grundpreis von \$ 38 wurde nach eingehenden Prüfungen der Bewertungen und der Zukunftserwartungen des Unternehmens festgelegt und der zu erwartenden Tatsache, dass der oder die Käufer die Bildung eines Kontrollpaketes anstreben werden. Es sei auch nicht anzunehmen, dass eine Investition dieser Grössenordnung gemacht werden kann, ohne dass irgend eine Kontrollmöglichkeit für dieselbe vorausgesehen wird.

Der argentinische Staat verkauft 52.914.700 Klasse A Aktien des Unternehmens, die 14,99% des Firmenkapitals entsprechen als Paket und behält 18.684.825 Klasse A Aktien, womit ihm ein Vorstandssitz und eine Syndikatur gesichert bleiben.

Die privaten Rentenkassen AFJP

Das Jahr 1998 brachte den privaten Rentenkassen im landesweiten Durchschnitt 1,5% Verlust ein. Im Einzelnen lagen die Ergebnisse der 15 Kassen zwischen einem Plus von 0,19% und 2,83% Verlust.

Die privaten Rentenkassen investieren auf durchschnittlich 20 Jahre, weshalb weder Rekordergebnisse wie die 28,8% Gewinn im August 1997 noch das Abschneiden per Ende 1998 eine lang- oder auch nur mittelfristig sinnvolle Aussage enthalten. Die Ergebnisse 1998 der einzelnen Rentenkassen sind, in Prozenten:

San José	+0,19	Durchschnitt	-1,49
Nación	-0,04	Previsol	-1,49
Profesión	-0,05	Máxima	-1,55
Generar	-0,13	Siembra	-1,92
Consolidar	-0,27	Unidos	-2,04
Arauca Bit	-0,42	Previnter	-2,33
Ethika	-1,12	Órigenes	2,39
Prorenta	-1,13	Futura	-2,83

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinsen der wichtigsten Banken für Fristdepositen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 6% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 6%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,0% auf 438,86, der Burcapindex um 3,2% auf 808,72 und der Börsenindex um 2,3% auf 17.805,31.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 3,6% auf \$ 0,8005.

Der Alem Schlachthof in Posadas, Misiones, hat die Lieferungen von vakuumverpacktem Rindfleisch in die EU begonnen. Misiones ist damit die erste, nicht traditionsgebundene Viehzüchterprovinz, die im Rahmen der Hiltonquote exportiert. Argentinien wurden rd. 300.000 t zugeschlagen von denen dem Alem Schlachthof, der auch nach Brasilien und Russland liefert, etwa 300 t zustehen.

Die meisten Unternehmen und gemeinnützigen Institute, die Gesundheitsdienste gegen einen festen Monatsbetrag bieten („prepagas“) haben die ab 1.1.99 eingeführte MWSt. von 21% voll auf die Beiträge abgewälzt, also die von ihnen gezahlte MWSt. bei Einkäufen nicht abgezogen. Nur wenige haben eine Erhöhung von 17 bis 19 % verfügt, also 2 bis 4 Punkte verrechnet.

Mit Beschluss 906/98 hat das Industrie- und Handelssekretariat verfügt, dass die Schriftgrösse auf Vertragsformularen mindestens 1,8 mm betragen muss, damit sie für Endverbraucher und -benutzer leicht lesbar seien. Wie Unterhandelssekretär Peits betonte, soll damit der Verdächtigkeit des sogenannten Kleingedruckten in Verträgen entgegengewirkt werden. Unter den im Beschluss genannten Verträgen befinden sich u.a. Bankkredite, Hypothekarkredite, Kreditkarten, private Krankenkassen, Gemeinbesitz auf Zeitspannen, Versicherungen und Kfz-Finanzierungen. In 180 Tagen müssen Kauf- und Verkaufsverträge für Güter und Dienstleistungen in spanischer Sprache und nicht kleinerem Druck als 1,8 mm Höhe abgefasst sein. Ausser guter Lesbarkeit, Einzelheiten über Kontrast, Format, Stil, Abstand zwischen Buchstaben und Zeilen und verständlichem Inhalt des Gedruckten wird gefordert, dass die wichtigsten Abschnitte fettgedruckt und mindestens anderthalb mal so gross wie der Rest sein müssen. Bei Direktverkäufen in Privatwohnungen

oder über das Telefon muss hervorgehoben und in mindestens 3,6 m grossen Buchstaben festgelegt sein, dass die Ware innerhalb von 5 Tagen nach Verkauf oder Lieferung zurückgegeben werden kann.

Ein Joint venture der argentinischen Post (Macrigruppe) und des US-Unternehmens Moore Corporation (US\$ 2,6 Mrd. Jahresumsatz) wird in 5 Jahren US\$ US\$ 30 Mio. in einen Druckereibetrieb für Formulare, Rechnungen und Marketingmaterial investieren, der anschliessend an das neue Werksgelände der Postverwaltung, in Monte Grande, errichtet werden soll. Damit soll das Dienstleistungsangebot der Post, das Bankwesen in allen Postämtern, Rechnungszahlungen über das „Pago fácil“-System und nun das Angebot von Vordrucken einschliesst, erweitert werden.

In den nächsten Wochen werden 3 weitere Ortschaften an die Erdgasleitung durch die Provinz Entre Rios angeschlossen. R. Rico, Provinzsekretär für Energiewesen, erklärte, damit würden 15 zusätzliche Verbrauchszentren mit Erdgas versorgt. Die Ortschaften sind Co-lón, 3.000 Anschlüsse, Villaguay 4.200 Anschlüsse und Gualaguay 6.200 Anschlüsse. In diesem Jahr werde die Zahl der mit Erdgas versorgten Industrieparks um 14 auf 17 erhöht werden. Ausser jenen in Paraná, Gualaguaychú und Concordia würden dann auch die von Concepción del Uruguay, Gualaguay, Chajarí, Victoria, Nogoyá, La Paz, Santa Elena, Villaguay, Rosario del Tala, Crespo, Diamante, Maria Grande, Viale und Federación versorgt sein. Die Ortschaften der Provinz, die derzeit über Gasleitungen verfügen, sind Oro Verde, Crespo, Villa Libertador S. Martín, General Ramírez, Gualaguaychú, Concepción del Uruguay, Concordia, Chajarí, Rosario del Tala, Nogoyá, Victoria und Diamante.

Die beiden Stromversorgungsunternehmen Edenor und Edesur gaben bekannt, dass sie im Dezember, im Vorjahresvergleich, folgende Zunahmen bei ihren Stromlieferungen für den Raum Gross Buenos Aires verzeichneten: Edenor, 7,64% Zunahme auf 1.188,5 GWh und Edesur 7,9% auf 1.129 GWh.

G. Dietrich, Vorsitzender der Kammer der Kfz-Händler gab bekannt, dass aufgrund des Absatzrückgangs 1998 rd. 10% alle Kfz-Konzessionäre geschlossen hätten.

Die argentinischen Auslandsinvestitionen werden 1998-2000

U\$S 7,7 Mrd. erreichen, wie das CEP (Centro de Estudios para la Producción) des Industriesekretariates bekanntgab. Damit übertrafen sie jene von 1990-1997 um 10,3%. Brasilien habe dabei Venezuela als wichtigstes Bestimmungsland für argentinische Investitionen

verdrängt.

Der Unterstaatssekretär für Steuerpolitik, Guillermo Rodríguez Usé, wies darauf hin, dass die Steuerbelastung (gesamte nationale Steuern bezogen auf das BIP) 1998 15,78% erreicht

Der argentinische Kfz-Markt

1998 brach die argentinische Kfz-Industrie alle bisherigen Rekorde und erzeugte 457.919 Fahrzeuge. Allerdings musste sie im Dezember einen Produktionsrückgang von 54,6% gegenüber dem Vormonat und von 44,2% gegenüber Dezember 1997, auf 14.888 Kfz, hinnehmen. Die Ausfuhren lagen 1998 mit 237.473 Fahrzeugen um knapp 13% über den 210.386 des Vorjahres.

In den letzten zwei Monaten 1998 wirkte sich die weltweite Finanzkrise, besonders über die Zuspitzung der Lage in Brasilien, voll auf die argentinische Kfz-Industrie aus, da mehrere der von ihr erzeugten Modelle schwerpunktmässig für den brasilianischen Markt bestimmt sind, was zu den genannten Einschränkungen bei der Fertigung geführt hat.

Am argentinischen Binnenmarkt konnten im Dezember insgesamt 31.779 Kfz abgesetzt werden, davon wurden 14.839 im Inland erzeugt und 16.940 eingeführt. Der Dezemberabsatz liegt demnach um 3,3% unter dem des Vormonates und um 14,9% unter dem des gleichen Vorjahresmonates. Die Dezemberausfuhren erreichten 8.233 Fahrzeuge, um 47% weniger als im Vormonat und um 52,1% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Gesamtausfuhren des Jahres übertrafen allerdings jene des Vorjahres um die oben genannten knapp 13%. 1998 wurden 233.392 Kfz eingeführt, gegen 198.029 im Vorjahr. Das heisst, dass 1998 rund die Hälfte der in Argentinien abgesetzten Kfz ausländischer Herkunft waren. Gleichzeitig wurde rund die Hälfte der hier gefertigten Fahrzeuge ins Ausland verkauft.

Die momentane Stimmung der argentinischen Kfz-Industrie schlägt sich in zwei von ihrem Dachverband Adefa bekanntgegebenen Zahlen nieder: 60.000 Pkw stehen auf der Halde und 20.000 Mitarbeiter sind suspendiert oder zwangsbeurlaubt. Wenn die Fabriken ab 18.1.99 die Produktion wieder voll aufnehmen, können viele dieser Urlaube in Entlassungen enden.

habe und 1999 bei 15,71% liegen werde. Dazu kämen provinzielle Steuern und Gemeindegebühren, womit die gesamte Belastung auf etwa 25% steigt. In dieser Beziehung gab er jedoch keine Zahlen an.

Der Finexcor Schlachthof hat die Ausschreibung für die Miete des in Konkurs geratenen Schlachthofes Nelson in Santa Fe mit einem Angebot von U\$S 117.000 im Monat, vor Cepa, Quickfood, Recreo u.a. gewonnen. Damit steigt die Firma in das Geschäft mit gekochtem Rindfleisch ein. Der Vertrag läuft 6 Monate, ohne Kaufoption. Der Zuschlag schliesst rd. 800 t von der Hiltonquote ein, die zu den 1.000 t von Finexcor kommen. Damit hat die Firma 6,4% Anteil an den bevorzugten Hilton-Lieferungen in die EU.

Die Arbeitsrisiko-Versicherungsgesellschaft (ART) HIIH (australisches Kapital) hat die unter dem Kürzel LUA bekannte ART La Uruguayo-Argentina gekauft. Es ist der 3. Kauf von HIIH. 1996 erwarb sie die Interamericana, dann Solart und nun LUA. In den nächsten Tagen soll die ART Consolidar, nach dem Kauf von Inca auch Interacción kaufen und damit, mit 600.000 Versicherten, den 2. Platz in der Rangordnung einnehmen. Bei Einführung des ART-Systems, im Juli 1996, gab es 44 dieser Versicherungsgesellschaften. Derzeit verbleiben 30. Durch weitere Fusionen und Übernahmen sollen es 15 werden. Von den 30 ART haben 11 mehr als 100.000 Versicherte und 87% der knapp 5 Mio. eingetragenen Arbeitnehmer. Auf die restlichen 19, von denen die meisten weniger als 30.000 Versicherte haben, werden 600.000 Arbeitnehmer verteilt.

Ab September können die Fernsprechteilnehmer die Gesellschaft wählen, über die sie ihre Ferngespräche mit dem In- und Ausland abwickeln. Es wird erwartet, dass trotz Preiskrieg höchstens ein Drittel der Gespräche über eine andere Gesellschaft abgewickelt wird. Zugelassen sind Telefónica, Telecom und die CTI- und Movicomgruppen. Man kann den Basisdienst von einer Gesellschaft haben und Ferngespräche mit demselben Apparat über ein anderes Unternehmen führen. Das System wird landesweit ab dem 10. Oktober und im Raum Gross Buenos Aires ab dem 7. November geboten. Die 4 zugelassenen Unternehmen müssen sich auf eine Firma eingehen, die die Umschaltungen übernimmt.

Trotz dem Druck der Unternehmer, ihrer vertretenden Körperschaften und der Druckereibetriebe lehnt es das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) ab, den Termin für die Einführung der

neuen Rechnungsformulare zu verlängern. Allerdings werden bis zum 15.1. keine Bussen verhängt, wenn Kaufleute die alten Formulare einsetzen, soweit sie belegen können, dass sie die neuen rechtzeitig in Auftrag gegeben haben.

Gerichte in La Plata haben die MBK Mercobank ermächtigt, die Aktiven der ehemaligen BCP (Banco Crédito Provincial) zu übertragen und gleichzeitig den ehemaligen und derzeit flüchtigen Direktor, F. Trusso (jr.), berechtigt, die Übertragung zu verhindern. Die Leitung der von ehemaligen Depositeninhabern der BCP gebildeten Mercobank haben die Nichtigkeitserklärung der gegenläufigen Rechtssprüche gefordert.

Das Steueramt DGI hat letzte Woche scharfe Kontrollen in 2.000 Ladengeschäften in Buenos Aires Stadt durchgeführt und insgesamt 250 Schliessungen verfügt. Wie General-Vizedirektor Farías erklärte, erstreckte sich die Kontrolle auf die Innenstadt und die wichtigsten Shoppings. Die am meisten betroffenen Ladengeschäfte waren grosse Eiscreme-, Süswaren- und Spielzeuggeschäfte. 100 Schliessungen erfolgten, weil das Fehlen der zugriffssicheren Kassenregister festgestellt und weitere 150, weil keine Quittungen oder Tickets ausgestellt wurden.

Die Gläubigerbanken von Baesa (Buenos Aires Embotelladora SA), dem grössten Pepsi Cola Abfüllunternehmen der Region, haben unter der Federführung von Citibank, BankBoston, der Bayerischen Vereinsbank und der Pepsico, die Schuldenkapitalisierung von U\$S 614 Mio. gegen 98% der Aktien beschlossen. Damit enden die rd. 2 Jahre langen Bemühungen zur Rettung des Unternehmens, während denen die Aktien ihren Wert auf praktisch Null verloren und die Gläubiger mindestens U\$S 200 Mio. von ihren Forderungen abstreichen mussten. Nach der Kapitalisierung sollen die Aktien wieder an Wall Street und Buenos Aires notieren, wo sie 1996 suspendiert wurde. Der neue Direktor ist R. Moreno. Die Investmentbank Merchants Bankers wird mutmasslich für die Bewertung der Übernahme eingeschaltet werden.

Das Kabelfernsehunternehmen CableVisión hat die Ausgliederung und anschließende Übernahme durch Fusion von Fintelco, Video Cable Comunicación und Cable Video beschloss. Die Unternehmen gehörten zu VCC, die von CableVisión gemeinsam mit Multicanal erworben wurde, um ihre Abonnenten zu gleichen Teilen zu übernehmen. Gleichzeitig wurde an der Börse mitgeteilt, dass die Gene-

KFZ-Umsatz auf dem Binnenmarkt

Nach Marken	Dez '98	Jahr '98
Renault	5.151	79.682
Fiat	4.254	79.586
Ford	4.891	72.026
Volkswagen	4.067	60.854
General Motors	2.885	42.205
Peugeot	3.228	36.468
Toyota	1.149	12.326
Chrysler	500	5.231
Alfa Romeo	345	5.213
Mercedes Benz	375	4.350

Nach Modellen	Dez. '98	Jahr '98
VW Gol	2.443	29.486
Fiat Palio	1.490	26.237
Chevrolet Corsa	1.836	22.843
Renault 19	1.228	22.014
Ford Escort	1.348	19.084
Renault Clio	810	17.822
VW Polo Classic	886	16.675
Renault Megane	1.050	16.311
Fiat Siena	768	14.671
Fiat Duna	707	14.634

KFZ-Produktion und Umsatz auf dem Binnenmarkt

Jahr	Produktion	Int. Umsatz
1990	99.000	95.900
1991	138.900	165.800
1992	262.000	349.200
1993	342.300	420.800
1994	408.700	508.100
1995	285.400	327.900
1996	313.100	376.100
1997	446.000	426.300
1998	457.900	455.300

Quelle: ADEFA

ralvesammlung auch die Übernahmen durch Fusion von Cable Imágenes Casilda, La Dulce TV Color, Optel, Servicios Regionales, Video Cable San Fernando, Teledifusora, Video Cable 6, Tele Me, Doce Visión, CableVisión Gálvez, Inversora TV Cable und TV Cable beschlossen hat. Diese Unternehmen hat die Firma im Vorjahr, einige von ihnen gemeinsam mit Multicanal, gekauft. CableVisión gehört zu 35,6% CEI Citicorp Holdings, zu 35,6% TISA und zu 28,8% TCI.

Das Staatssekretariat für Industrie, Handel und Bergbau gab bekannt, dass 1998 für 41 Pläne

zum kompensierten Austausch von Kfz-Zulieferteilen die entsprechenden Bewilligungen erteilt wurden. Seit Einführung des Systems wurden 104 Pläne bewilligt. 11 weitere Ansuchen werden geprüft. 18 Unternehmen haben Pläne für nationale Fertigungen bzw. Fertigungsintegrationen vorgelegt, davon einige für mehrere dieser Optionen. Die Kompensationsverfahren laufen am 31.12.99 aus, da dann die gemeinsame Kfz-Politik des Mercosur in Kraft tritt.

Das Industriesekretariat be-

richtet, dass die Zahl der eingetragenen Patente 1998 um 7,8% auf 6.779 zugenommen hat. Die Zahl der Neueintragen von Marken nahm um 12,76% zu, jene von Technologieübernahmen um 12,38%. Das Markenamt des INPI (Instituto Nacional de Propiedad Intelectual) verzeichnete 40,07% Zunahme bei Markenerneuerungen. Marken genossen Schutz durch 10 Jahre, Patente durch 20, ohne Erneuerungsmöglichkeiten.

1998 hat das Industriesekretariat 19 Errichtungen schlüsselfertiger Betriebe für über US\$ 1,6 Mrd. bewilligt. Die bedeutendsten sind von Profertil, Indupa, Petroken und Maga, Petrochemie, Central Dock Sud und Transener, Stromerzeugung, Siderar, Stahl und Alpargatas SA, Garne. Geprüft werden weitere 13 Investitionsvorhaben für mehr als US\$ 1 Mrd., unter ihnen von Petroquímica Bahía Blanca, Siderar, Polisor, und Alpargatas. Schlüsselfertige Fabriken genossen steuerliche Vorteile.

Die Behörden Argentiniens und Chiles stehen vor einem Problem, das durch die Nichterfüllung argentinischer Bestimmungen durch ein chilenisches Ausfuhrunternehmen bei 8.000 Ferkeln entstand, über die seit mehr als einer Woche verhandelt wird. Die tiefgekühlte und verpackte Lieferung wurde von der argentinischen Senasa (Servicio Nacional de Sanidad Animal) geprüft, die feststellte, dass der Kontrollstempel der chilenischen SAG (Servicio Agrícola Ganadero) fehlte.

Das Molkereiuunternehmen SanCor hat Auslandsobligatio-

nen für US\$ 200 Mio. untergebracht. Die von der Weltbank abhängige Internationale Finanzkorperschaft hatte dem Unternehmen ein Darlehen von US\$ 200 Mio. gewährt, von denen US\$ 50 Mio. ausgezahlt und US\$ 150 Mio. zur Verfügung gehalten wurden.

Presidialsekretär Kohan erklärte, die Regierung prüfe die Möglichkeit, das bewegliche Grundgehalt, das seit Mitte 1992 auf \$ 200 festgelegt ist, zu erhöhen, wenn im Februar die Verhandlungen der vom Arbeitsministerium einberufenen Tarifpartner beginnen werden.

Dem IRCEP-Index der Bewertungsfirma Duff & Phelps weist im 3. Quartal 1998 bei den argentinischen Unternehmen, die an der Börse notieren, ein geringeres Risiko aus. Firmendirektor Rubinstein erklärte sich durch die 3%ige Verringerung des Risikos von 132,7 Punkten im Juni auf 128,7 Punkte im September überrascht, da eine Zunahme um 5% vorausgesagt worden war.

Siderca, das Stahlunternehmen der Techintgruppe, legt das Werk für nahtlose Rohre in Campana durch einen Monat still. Die nahtlosen Rohre werden schwerpunktmässig von Erdölunternehmen verwendet, die durch den Preisverfall in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Die Eisenbahnen haben 1998 insgesamt 17,4 Mio. t Güter befördert, gegen 17,25 Mio t im Vorjahr. Die Einnahmen lagen bei \$ 168 Mio., gegen \$ 160 Mio. im Vorjahr. Der Geschäftsführer des Verbandes der Gütereisenbahnen wies darauf hin, dass diese Unternehmen keine Subventionen erhielten, wie es bei den Personentransporteisenbahnen der Fall sei.

Das Staatsunternehmen INVAP, in Rio Negro, wurde als Offener für einen Atomreaktor von 20 MW für US\$ 180 Mio. für das Kernenergiezentrum in San Lucas Beights, Australien, zugelassen.

Am 1. September 1999 hören die bolivianischen Gaslieferungen nach Argentinien definitiv auf, wobei das Gas dann nach Brasilien über die neue Gasleitung geliefert wird, die Santa Cruz (Bolivien) mit Sao Paulo (Brasilien) verbindet. Argentinien braucht dieses Gas nicht mehr, nachdem die eigenen Lager, auch im Nordwesten, sehr tüppig sind.

Die Provinzen haben 1998 knapp \$ 11 Mrd. aus Beteiligungen an Bundessteuern erhalten, um 6,4% mehr als im Vorjahr, wie der Unterstaatssekretär für

Refinanzierung der Banco Nación

Die Banco de la Nación Argentina hat einen neuen Umschuldungsplan für Darlehen an Landwirte mit Fälligkeit bis zum 30.6.98 aus Personal-, Hypothekarkredit und Kreditkarten, für bis zu \$ 100.000, bekanntgegeben. Die Banco Nación ist der grösste Kreditgeber der Landwirtschaft und hält 40% dieses Marktes.

Zum 30.6.98 betragen die säumigen Schulden der Landwirtschaft an die Banco Nación mehr als \$ 1,2 Mrd. Im zweiten Halbjahr 1998 hat die Bank, die rd. 50.000 Kunden bedient, 43.000 Landwirten Darlehen von bis zu \$ 100.000 gewährt. Die Umschuldung erfolgt auf Ansuchen der Wirtschaftsführung, der Verbände der Landwirte und des Landwirtschaftssekretariates, wie dieses bekanntgab. Für Schuldner von \$ 10.000 bis \$ 100.000 sollen die Einzelheiten in den nächsten Wochen ausgearbeitet werden.

Wie im Landwirtschaftssekretariat bekanntgegeben wurde, soll eine Bedingung für die Umschuldung der Kauf eines Bonds auf 20 Jahre für 13% der aktualisierten Schuld sein, der bei der Bank als Garantie hinterlegt werden muss. Eine weitere Möglichkeit wäre die Stützung der Garantien des Kunden durch seine jeweilige Heimatprovinz. In diesen Fällen könnten Schuldkapital und Zinsen, je nach der Tätigkeit des Schuldners, in Monats-, Quartals- oder Halbjahresraten bezahlt werden.

Die Umschuldung sieht die Erlassung der Strafzinsen und die erste Rate 18 Monate nach der Gewährung vor. Wenn die Heimatprovinz Bonds für 30% der Schuld hinterlegt, bedarf die Garantie keiner zusätzlichen Stützung. Ein diesbezügliches Abkommen besteht bereits zwischen dem Landwirtschaftssekretariat und der Provinzregierung von La Rioja. Die letzte von der Banco de la Nación vor zirka einem Jahr angebotene Umschuldung für säumige Darlehen von bis zu \$ 200.000, hatte nicht den erwarteten Erfolg. Bei \$ 900 Mio. fälliger Schulden und mehr als 30.000 betroffenen Kunden nahmen nur 30% das Angebot an.

PREISENTWICKLUNG

Aenderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise (Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
					I	II	I	II		
1997										
Oktober	-0,2	-0,1	0,0	-0,8	0,0	-1,2	0,3	3,3	-0,1	1,9
November	-0,2	-0,1	-0,2	-0,4	0,0	-3,7	0,4	8,2	0,1	1,5
Dezember	0,2	0,3	-0,6	-1,0	0,0	-1,2	-0,5	8,9	-0,1	1,5
1998										
Jauar	0,6	0,5	-1,3	-2,3	0,0	-1,2	-4,6	6,0	-0,6	0,5
Februar	0,3	0,5	0,2	-2,2	0,0	-1,2	1,3	1,8	-0,1	0,9
März	-0,1	0,8	-0,3	-2,0	0,0	-1,2	-0,6	0,3	0,2	0,6
April	0,0	1,2	0,1	-1,5	0,0	-1,4	1,1	1,2	0,1	0,8
Mai	-0,1	1,2	-0,2	-2,3	0,0	-1,2	1,1	-0,2	0,0	0,5
Juni	0,2	1,1	-0,1	-2,0	0,0	-1,2	0,7	0,4	0,0	0,4
Juli	0,3	1,2	-0,4	-1,9	0,0	-1,2	-0,9	0,8	-0,1	-0,3
Agust	0,0	1,1	-0,7	-3,1	0,0	-0,6	-1,3	-3,7	-0,2	-1,2
September	0,0	1,1	-1,0	-3,2	0,0	0,1	-5,7	-10,0	0,2	-1,0
Oktober	-0,4	0,9	-1,1	-4,9	0,1	0,2	-1,4	-11,7	0,0	-0,9
November	-0,2	0,8	-0,9	-5,8	0,0	0,1	-1,4	-13,0	0,2	-0,3
Dezember	0,0	0,7	-1,1	-6,3	-0,5	-0,4	-4,8	-16,4	0,1	-0,1

Quelle: INDEC

Regionalplanung, A. Caldarelli, bekanntgab. Trotz der Zunahme lagen die monatlichen Durchschnittsüberweisungen mit \$ 892,5 Mio. um 3% unter dem Grenzbetrag von \$ 920, ab dem Abzüge zur Verringerung der Lohnnebenkosten gemacht werden können.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat die Firma Global Refund gewählt, die die Rückerstattung der MWSt. an Touristen durchführen wird, die für mehr als \$ 200 einkaufen. Die Privatisierung soll den Amtsweg erleichtern und beschleunigen und Spesen des Amtes verringern.

Das Industrie- und Handels-

sekretariat hat in der 2. Hälfte Dezember den Unternehmen Wal-Mart, Anpack, Rich Food SA, Arte Med SA und Effem Argentina Ltda. Bussen für insgesamt \$ 14.800 auferlegt. Ihnen wurden Verstöße gegen das Konsumentenschutzgesetz zur Last gelegt.

Das Unterstadtsekretariat für Steuermittel und -verwaltung von Buenos Aires bereitet die Lastenhefte für die Ausschreibung von Kontrolldiensten der Steuerektion vor. Der Zuschlag für 48 Monate soll im Juli, die Inbetriebnahme per Anfang 2000 erfolgen. Als Preis sind \$ 60 Mio. vorgesehen. Ziel sei, bei völliger Transparenz die Information zugänglicher zu machen,

den Steuerzahler besser zu bedienen, die Eintreibung zu verbessern, die Hinterziehung zu bekämpfen und Überprüfungen durch intelligente Auswahl der Einzelfälle durchzuführen, wie der Leiter des Stadtsteueramtes, J. Sereño, erklärte.

Im nächsten Kontoauszug für Kreditkarten wird für Finanzierungen in Pesos Zinsen von knapp unter 40% ausweisen, beinahe 10 Punkte weniger als bisher verrechnet wurde. Die Belastung für den Kaufmann soll von höchstens 8,75% auf 7,9% verringert werden. Die Kreditkartenunternehmen Visa Argentina, Mastercard und American Express wollen die Einzelheiten in rd. 100.000 Briefen an den Handel erläutern.

Entwicklung der Währungsreserven der Zentralbank

(in Milliarden Pesos)

	16.11.98	23.11.98	30.11.98	4.12.98	14.12.98	17.12.98	24.12.98	4.1.99
Gold, Devisen u. Anlagen	23,02	23,99	23,08	24,77	24,54	25,14	25,70	25,10
Staatspapiere	1,71	1,74	1,78	1,76	1,77	1,65	1,61	1,63
Internat. Reserven ZB	24,73	25,73	34,87	26,53	26,31	26,79	27,32	26,73
Liquiditäts-Rückstellungen (Com. A. 2350)	7,16	6,54	6,20	6,16	6,66	6,55	5,95	6,86
Währungsreserven des Finanzsystems	31,89	32,27	31,07	32,69	32,97	33,34	33,26	33,59
Notenumlauf	14,68	14,34	14,49	15,23	15,41	15,15	16,23	16,41
Bankdep. in Dollar bei ZB	0,03	0,01	0,01	0,01	0,03	0,03	0,05	0,02
Monetäre Passiven	14,71	14,35	14,50	15,24	15,17	15,18	16,28	16,43
Nettosaldo Swaps	8,18	9,51	8,65	9,57	9,40	9,82	9,23	8,46
Depositen der Regierung	0,96	0,62	1,19	1,83	1,55	1,43	1,99	0,98
Finanzpassiven	22,90	23,86	23,15	24,82	24,57	25,00	25,51	24,89

Quelle: Zentralbank